

# Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1982



Herausgeber: Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Presseund Informationsstelle der Landesregierung

Schriften des Innenministers Heft 25/1983

Gestaltung: Nach einer Vorlage von i.de, Büro für Gestaltung, Stampe

Herstellung: Lübecker Nachrichten

ISSN-Nr. 0173 - 945 X 0173 - 9441 Der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird dadurch erschwert, daß es extremistischen Organisationen immer wieder gelingt, unter Verdeckung der wahren Absichten Anliegen verfassungstreuer Bürger auszunutzen. So verfolgen Extremisten von links und von rechts zum Beispiel auch bei den derzeit die Bürger bewegenden Themen "Nato-Nachrüstung", "Ausländer" und "Datenschutz" ihre verfassungsfeindlichen Ziele. Bei dieser Strategie sind extremistische Bestrebungen nur unter erschwerten Bedingungen feststellbar und nachweisbar. Um so wichtiger ist es. daß der Verfassungsschutz funktionsfähig bleibt und beim Bürger das verdiente Vertrauen findet.

Die Veröffentlichung des jährlichen Verfassungsschutzberichts dient diesem Ziel. Die Öffentlichkeit wird darüber informiert, welche extremistischen Organisationen es bundesweit und insbesondere in Schleswig-Holstein gibt und welche Ziele sie verfolgen. Der Bericht soll dazu beitragen, Emotionen durch sachliche Information zu ersetzen und Verständnis für die unerläßliche und rechtsstaatlich

geregelte Tätigkeit des Verfassungsschutzes zu wecken. Ich bin überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Arbeit unserer Verfassungsschützer anerkennt.

Der Schutz unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates obliegt jedoch nicht allein dem Verfassungsschutz und den anderen Sicherheitsbehörden. Hieran mitzuwirken ist vielmehr Aufgabe aller demokratischen Institutionen und jedes einzelnen Bürgers. Dafür zu werben, ist Aufgabe der Politiker und auch Zweck dieser Berichte.

Mellin

Karl Eduard Claussen

Innenminister des Landes Schleswig-Holstein

### Inhaltsverzeichnis

	Seite	6-8		Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein
Δ	Seite	9-19	A.	Rechtsextremistische Bestrebungen
		10	1.	Wesen des Rechtsextremismus
		10-11	2.	Situation des Rechtsextremismus
		12-13	3.	Übersicht in Zahlen
		12-13	3.1	Organisationen und Anhänger
		13	3.2	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten
		13 - 16	4.	Neonazismus
		13	4.1	Organisationen
		14	4.2	Multinationale Zusammenarbeit
		14	4.3	Finanzierung
		14 - 15	4.4	Gewalttätige Aktivitäten
		15-16	4.5	Agitation
		16	4.6	Neonazis in Schleswig-Holstein
		16-17	5.	Nationaldemokratische Organisationen
		16 – 17	5.1	»Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)
		17	5.2	»Junge Nationaldemokraten« (JN)
		18	6.	»National-Freiheitliche Rechte«
		18-19	7.	Sonstiger Rechtsextremismus
		18-19	7.1	»Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ)
		19	7.2	»Nordischer Ring«

eite	20 – 41	B.	Linksextremistische Bestrebungen
	21	1.	Situation des Linksextremismus
	22 - 23	2.	Übersicht in Zahlen
	22	2.1	Organisationen und Anhänger
	22	2,2	Linksextremistisch motivierte Straftaten
	24 - 32	3.	Orthodoxe Kommunisten
	24 – 25	3.1	Die »besonderen Beziehungen« der DKP zur KPdSU und zur SED
	25 – 26	3,2	Über Bündnisse zur politischen Machtveränderung
	26 – 27	3.3	Die »Friedensarbeit« der orthodoxen Kommunisten
	27 – 29	3.4	Die Aktivitäten orthodoxer Kommunisten in Schleswig-Holstein
	29 - 30	3.5	Nebenorganisationen der DKP
	29 – 30	3.5.1	»Sozialistische Deutsche Arbeiter- jugend« (SDAJ)
	30	3.5.2	»Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation« (JP)
	30 – 32	3.6	Von der DKP beeinflußte Organisationen
	30 - 31	3.6.1	»Deutsche Friedens-Union« (DFU)
	31 – 32	3.6.2	»Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)
	32	3.6.3	»Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)
	32 - 35	4.	Dogmatische »Neue Linke«
	33	4.1	»Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD)
	33 – 34	4.2	»Kommunistischer Bund West- deutschland« (KBW)
	34	4.3	»Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)
			3

34 – 35	4.4	»Kommunistischer Bund« (KB), »Gruppe Z«
35	4.5	Neuformierungstendenzen
35 - 40	5.	Die undogmatische »Neue Linke«
35 - 36	5.1	Begriff und Struktur
36 - 37	5.2	Strategien und Zielvorstellung
37 - 38	5.3	Undogmaten und Gewalt
38 – 40	5.4	Die Aktionsfelder der undogmatischen »Neuen Linken«
38	5.4.1	Hausbesetzungen
38 - 39	5.4.2	Anti-Kernkraft-Bewegung
39 - 40	5.4.3	»Friedensarbeit«
40 – 41	6.	LinksextremistischerTerrorismusund sein Umfeld

C	Seite	40 – 46	C.	Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern
		43	1.	Ausländer in Schleswig-Holstein (Zahlenübersicht)
		43	2.	Internationaler Terrorismus
		43 - 46	3.	Politischer Ausländerextremismus
		44 - 45	3.1	Türken
		44	3.1.1	Türkische Rechtsextremisten
		45	3.1.2.	Türkische Linksextremisten
		45	3.1.3	Politische Aktivitäten
		45 - 46	3.2	Iraner
		46	3.3	Sonstige Nationalitäten

Seite	47 – 51	D.	Spionageabwehr
	48	1.	Überblick
	48	2.	Ostblock-Spionage in Schleswig-Holstein
	48	2.1	Umfang
	48	2.2	Festnahmen und Verurteilungen
	48 – 50	3.	Wissenschaftler im Netz der Spionage
	48 - 49	3.1	Allgemeines
	49 – 50	3.2	Verwendung von Wissenschaftlern durch das MfS in der DDR
	50	3.3	Einsatz von Wissenschaftlern »im westlichen Ausland « durch das MfS
	50 - 51	4.	Einzelfälle
	50	4.1	Ein DDR-Wissenschaftler als Kurier und Instrukteur für einen wissen- schaftlichen Perspektiv-Agenten
	50 – 51	4.2	Ein inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter der Tarnkappe eines Wissenschaftlers
	51	4.3	Ein Wissenschaftler mit nachrichtendienstlichen Nebenaufträgen

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein in der Fassung vom 14. Juni 1979

Abschnitt I Gesetzliche Grundlagen des Verfassungsschutzes

### § 1 Zuständigkeit

- (1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen. Verfassungsschutzbehörde ist der Innenminister. Er unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.
- (2) Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.
- (3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Innenminister tätig werden.

### § 2 Aufgaben des Verfassungsschutzes

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

 sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht

3.

Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit

1

bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2.

bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,

3

bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde berät die Dienstbehörden bei Entscheidungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes und entsprechenden tarifrechtlichen Regelungen.

### § 3 Befugnisse und Zusammenarbeit mit anderen Stellen

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, ist die Verfassungsschutzbehörde berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen und dabei nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde nicht zu. Sie darf einer polizeilichen Behörde oder Dienststelle nicht angegliedert werden.

- (2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung sie zur Durchführung ihrer Aufgaben für erforderlich hält, von allen Behörden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen.
- (3) Alle Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auch unaufgefordert alle Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über Bestrebungen zu vermitteln, welche die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 erfüllen.
- (4) Die Gerichte und Behörden des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).
- (5) Die Verfassungsschutzbehörde kann die ihr zugänglichen personenbezogenen Daten auch an andere als staatliche Stellen weitergeben, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist.

#### § 4 Bedienstete

Mit Aufgabender Verfassungsschutzbehörde darf nur betraut werden, wer nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt. Zum Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz darf nur berufen werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzt.

### § 5 Durchführung

Die Landesregierung kann die zur Durchführung dieses Abschnitts erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

### Abschnitt II Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes

### § 6

- In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landes unterliegt die Landesregierung der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.
- (2) Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

### \$ 7

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

- (2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.
- (3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den aufgrund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

#### 58

Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes bleibt unberührt.

### § 9

- (1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.
- (2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.
- (3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.
- (4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

### § 10

(1) Die Beratungen der Parlamentari-

- schen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.
- (2) Sitzungsunterlagen und Protokolle verbleiben im Gewahrsam der Verfassungsschutzbehörde und können nur dort von den Mitgliedern der Kommission eingesehen werden.
- (3) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (4) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 verlangen.

#### Abschnitt III Inkrafttreten

### § 11

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft\*).

<sup>\*)</sup> Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in seiner ursprünglichen Fassung vom 30. Mai 1950 (GVOBI. Schl.-H. S. 223). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungsvorschriften ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsvorschriften.

Rechtsextremistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein 1982



### A. Rechtsextremistische Bestrebungen

### 1. Wesen des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist nach wie vor keine homogene politische Bestrebung. Seine organisatorische Zersplitterung beruht jedoch nicht so sehr auf einer mangelnden Übereinstimmung der politischen Zielsetzungen, als vielmehr auf dem Fehlen eines für alle akzeptablen »Führers«. Bislang ist verbindendes Element aller rechtsextremistischen Bestrebungen die Ablehnung der demokratischen Staatsform. Kennzeichnend hierfür sind folgende Merkmale. die iedoch nicht gleichgewichtig oder mit gleicher Schärfe bei allen rechtsextremistischen Bestrebungen festzustellen sind:

- Bekämpfung der parlamentarischen Demokratie durch planmäßiges Herabsetzen ihrer Institutionen und Repräsentanten,
- ständige Behauptung, die Demokratie als Staatsform der Bundesrepublik Deutschland habe sich als ungeeignet für die Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme erwiesen,
- Forderung einer totalitären Regierungsform unter Bevorzugung des Führerprinzips,
- Überbewertung des »Volksganzen« bzw. der »Volksgemeinschaft« unter entsprechender Zurückstellung der Interessen des Individuums,
- Bekenntnis zu einem die Menschenrechte und den Gedanken der Völkerverständigung mißachtenden Nationalismus, sehr oft verbunden mit Herabsetzung und Ver-

- achtung ausländischer Völker und Staaten,
- Vertreten rassistischer Ideen, insbesondere in der Form des Antisemitismus,
- Rechtfertigung und Verherrlichung des NS-Regimes unter Leugnen oder Verharmlosung nationalsozialistischen Unrechts bei gleichzeitigem Herausstellen angeblicher »besonderer Leistungen«.

Häufig werden solche oder ähnliche Forderungen und Thesen nicht offen oder nur in abgeschwächter Form vertreten. So werden Forderungen zur »Ausländerfrage« von eigens zu diesem Zweck gegründeten Bürgerinitiativen »zur Ausländerbegrenzung« oder »zur Abwehr von Überfremdung« propagiert. Die rechtsextremistische Wurzel solcher Bestrebungen ist mitunter kaum noch erkennbar oder nachzuweisen.

Eine ausgeprägte Erscheinungsform des Rechtsextremismus ist der Neonazismus. Hierzu gehören alle politischen Bestrebungen, die offen oder verdeckt, ganz oder teilweise die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches anstreben, also einen völkischen, aggressiv-antisemitischen, nach dem Führerprinzip organisierten, von einer totalitären Einheitspartei beherrschten »nationalsozialistischen« Staat.

### 2. Situation des Rechtsextremismus

Der Optimismus, den viele Rechtsextremisten noch im Frühjahr 1982 zur Schau trugen, ist verflogen; die Mehrzahl der organisierten Rechtsextremisten und Neonazis wirkt verunsichert und irritiert, etliche zeigen Desinteresse und Lustlosigkeit. Die Hoffnungen, mit einer gezielten Behandlung der Ausländerfrage neue Anhänger zu gewinnen und schon oft beklagte »Verkrustungen« aufzubrechen, haben getrogen. Auch die Erwartungen, die sie an die steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung der öffentlichen Haushalte und das Bewußtwerden von Umweltproblemen geknüpft hatten, erfüllten sich nicht. Nicht wenige Funktionäre meinen, daß eine große Zahl der bisherigen Anhänger nicht mehr bereit ist, rechtsextremistische Splitterorganisationen zu wählen oder zu unterstützen, und sich vielmehr demokratischen Organisationen zuwendet.

Das Potential des organisierten Rechtsextremismus beschränkt sich zunehmend auf ältere, überwiegend im Renten- oder Pensionsalter stehende Mitglieder und Anhänger, die weiterhin »in Treue fest« zu ihren Organisationen stehen. Dagegen hat sich der Mitgliederstamm der neonazistischen Organisationen weiter verjüngt, weil ältere Mitglieder ihnen den Rücken kehrten; besonders deutlich wird diese Entwicklung in Schleswig-Holstein.

Dennoch hoffen führende Rechtsextremisten, daß zahlreiche Bürger bei einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Situation ihre bisher gezeigte Gelassenheit ablegen und sich den Thesen des Rechtsextremismus empfänglich zeigen; eine solche »Wende« erhoffen sich Rechtsextremisten vor allem bei einer weiteren ZunahmederJugendarbeitslosigkeit.

Das im Januar 1982 erfolgte Verbot der neonazistischen »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) und die gegen Manfred ROEDER und Mitglieder der von ihm geführten »Deut-

schen Aktionsgruppen« verhängten Freiheitsstrafen haben zwar bei vielen Neonazis Betroffenheit, bei manchen aber auch eine »Dennoch-Haltung« ausgelöst. Nach wie vor suchen jüngere Neonazis nach »Wirkungsmöglichkeiten«; gewalttätige Kurzschlußhandlungen von Einzelpersonen, wie von Helmut OXNER im Juni 1982 in Nürnberg, oder Terroranschläge, wie gegen US-Soldaten und -Einrichtungen in Hessen im Spätherbst 1982, können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Wegen der von vielen Rechtsextremisten als deprimierend empfundenen Entwicklung ist ihr Bedürfnis nach einem »Führer« gewachsen. Signifikant hierfür ist, daß Otto Ernst REMER (hervorgetreten bei der Niederschlagung des Aufstandes gegen HITLER am 20. Juli 1944, bis zum Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« 1952 deren zweiter Bundesvorsitzender) bei Veranstaltungen verschiedener rechtsextremistischer Organisationen überraschend hohen Zulauf gefunden hat. Von Neonazis werden dagegen große Hoffnungen in den im November 1982 aus der Anschlußuntersuchungshaft entlassenen Neonazi Michael KÜHNEN gesetzt, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, »die Jugend für eine kommende nationalsozialistische Bewegung vorzubereiten und zu gewinnen und eine Massenbewegung zum Sturz des herrschenden, Besatzungsregimes aufzubauen«; bereits am 18. Dezember 1982 hat KÜHNEN an einer »Sonnenwendfeier« bei dem Neonazi Curt MÜLLER in Mainz teilgenommen.

Auch in Schleswig-Holstein ist die politische Wirksamkeit des organisierten Rechtsextremismus und des Neonazismus weiter zurückgegangen.

Die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) ist überaltert und kaum noch lebensfähig; auch die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) entwickeln nur noch wenige Aktivitäten. Die »national-freiheitlichen« Gruppierungen spielen weiterhin nur eine geringe Rolle.

Anhängerzahl und Aktivitäten der neonazistischen »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI) des Thies CHRISTOPHERSEN sind stark rückläufig, seitdem er in Belgien untergetaucht ist, um der Strafverbüßung zu entgehen. Weitere neonazistische Gruppen haben sich nicht bemerkbar gemacht; alle hier noch wohnenden Neonazis sind unorganisiert oder ge-

hören neonazistischen Gruppierungen auf Bundesebene an, wie zum Beispiel der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG).

### 3. Übersicht in Zahlen

### 3.1. Organisationen und Anhänger

Ende 1982 wurden in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 19 250 (1981: 20 900) Rechtsextremisten gezählt (nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften); hiervon betätigten sich 19 000 in 74 Organisationen und Gruppen (1981: 71), während 250 (1981: 600) unorganisiert waren.

In Schleswig-Holstein verringerte

	1980					19	981		1982				
	Bund		Land		Bund		Land		Bund		Land		
	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	
Neonazistische Gruppen	22	1 200	3	110	16	1 250	1	100	21	1 050	1	80	
»National- demokratische« Organisationen	8	8 300	1	375	7	7 350	2	350	7	6 500	2	325	
»National- Freiheitliche« Organisationen	6	13 500	5	160	4	10 400*	4	175	3	10 400*	3	220*	
Sonstige Vereinigungen	39	3 300	5	85	44	3 300	5	85	43	2 800	3	30	
Abzug für Mehrfach- mitgliedschaften	75	26 300 6 500	14	730	71	22 300	12	710	74	20 750	9	655	
		19 800		680		20 300		670		19 000		615	
Unorganisierte Neonazis		600		20		600		30		250		15	
		20 400		700		20 900		700		19 250		630	

Netto-Mitgliederzahl (nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der »National-Freiheitlichen« Organisationen)

sich die Zahl der Organisationen auf 9 (1981: 12), denen nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften 615 (1981: 670) Mitglieder angehörten; die Zahl der neonazistischen Einzelaktivisten verringerte sich von 30 auf 15.

Die Zahl der neonazistischen Gruppen stieg in der Bundesrepublik Deutschland auf 21 (1981:16) an; ihre Mitgliederzahl sank dagegen auf 1050 (1981:1250). Zahlreiche der 600 im Jahre 1981 festgestellten unorganisierten Neonazis (im wesentlichen ehemalige Angehörige der 1980 verbotenen »Wehrsportgruppe HOFF-MANN«) sind zu anderen neonazistischen Gruppen gestoßen oder inaktiv geworden, so daß ihre Zahl auf 250 gesunken ist.

In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Neonazis von 130 auf 95 zurückgegangen (Mitglieder der BBI und auf Bundesebene tätiger Organisationen sowie Unorganisierte).

### 3.2 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

In Schleswig-Holstein wurden im letzten Jahr 88 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistisch motivierter Straftaten eingeleitet, und zwar

- in 44 Fällen wegen Schmierens und Klebens von Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen,
- in 30 Fällen wegen des Vorrätighaltens und Verbreitens von NS-Schriften sowie Tragens von NS-Kennzeichen,
- in 6 Fällen wegen antisemitischer Schmähungen und Beleidigungen und
- in 8 Fällen wegen sonstiger Straftaten, z. B. Schändung eines jüdischen Friedhofes, Verstoß gegen das Waffengesetz, Drohung und üble Nachrede.

In 66 Fällen sind die Täter bislang unbekannt. Damit nahm die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegenüber 1981 (116 Ermittlungsverfahren) deutlich ab.

In 11 Strafverfahren ergingen Urteile zwischen einer Geldbuße von 300 DM und lebenslänglicher Freiheitsstrafe, letztere wegen des Fememordes an dem Neonazi Johannes BÜG-NER.

### 4. Neonazismus

### 4.1 Organisationen

Die bislang politisch wirksamste neonazistische Organisation »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) mit ihrer Jugendorganisation »Junge Front« (JF) wurde am 27. Januar 1982 vom Bundesminister des Innern verboten. Sie zählte zuletzt rd. 120 Mitglieder, verfügte über Landesverbände in Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und bereitete die Gründung eines Landesverbandes in Schleswig-Holstein vor. Ein Teil der bisherigen Mitglieder hat sich bereits anderen neonazistischen Organisationen angeschlossen; der Rest wartet noch ab.

Aktivste neonazistische Gruppe war die »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG), die inhaftierte Gesinnungsgenossen und deren Angehörige finanziell und moralisch unterstützt, um sie damit weiterhin an die »nationale Sache« zu binden. Sie hat mehr als 200 Mitglieder und stellt nicht nur ein Kommunikationszentrum, sondern auch einen gewissen Kristallisationspunkt für alle neonazistischen Kräfte dar.

#### 4.2 MultinationaleZusammenarbeit

Die Zusammenarbeit westeuropäischer und außereuropäischer neonazistischer Organisationen, die sich vor allem in einer gegenseitigen Unterstützung zeigt, hat sich fortgesetzt. Hervorzuheben sind insoweit

- die französischen Organisationen »Faisceaux Nationalistes Européens« (F.N.E.) und »Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste« (COBRA),
- der belgische »Vlaamse Militanten Ordre« (VMO),
- die britischen Organisationen » The British Nationalist und Socialist Movement« (B.N.S.M.) und » Militant Patriots Legal Defence and Aid Fund« (MPLDAF).

Sowohl die COBRA als auch die MPLDAF, die erst im vergangenen Jahrgegründet worden sind, nehmen ähnliche Aufgaben wahr wie die deutsche HNG.

Auf deutscher Seite wird diese Zusammenarbeit vor allem von der HNG und ehemaligen Funktionären der VSBD/PdA gepflegt.

### 4.3 Finanzierung

Neonazistische Gruppen finanzieren sich nach wie vor überwiegend durch Spenden aus dem In- und Ausland, zu denen sie in ihren Schriften aufrufen. Allerdings ist die Spendenbereitschaft älterer Mitbürger, denen die Verwendung ihrer Spenden bislang nicht klargeworden war, deutlich zurückgegangen, nicht zuletzt wegen der gegen Neonazis durchgeführten Exekutivmaßnahmen. Da auch die Mitgliedsbeiträge und die Erlöse aus dem Vertrieb von Publikationen weiterhin gering blieben, kommt der Opferbereitschaft der ein-

zelnen Funktionäre zunehmende Bedeutung zu. Daneben finanzieren einzelne neonazistische Gruppen sowohl ihre Aktionen als auch den Lebensunterhalt ihrer Mitglieder durch Banküberfälle.

### 4.4 Gewalttätige Aktivitäten

Die gewalttätigen Aktivitäten neonazistischer Gruppen und Einzeltäter setzten sich im vergangenen Jahr fort; erwähnenswert sind folgende Vorfälle:

- Im Juni erschoß der Neonazi Helmut OXNER in Nürnberg drei Ausländer, verletzte drei andere schwer und beging anschließend Selbstmord.
- Im August verübte der Neonazi Stefan WAGNER nach einer Schießerei in Nieder-Roden/Kreis Offenbach Selbstmord.
- Im August wurde der deutsche Neonazi Ekkehard WEIL in Österreich wegen des Verdachts, in der ersten Hälfte des Jahres in Wien und Salzburg mehrere Bombenanschläge gegen jüdische Personen und Geschäfte verübt zu haben, festgenommen.
- In den Monaten August/September unternahm eine »Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront« (NSDBF) eine Drohbriefaktion gegen Personen des öffentlichen Lebens, jüdische und ausländische Mitbürger, Firmen mit ausländischer Arbeitnehmerschaft, eine türkische Zeitung u. a.
- Im Spätherbst verübte eine Terrorgruppe in Hessen u. a. drei Sprengstoffanschläge gegen US-Soldaten.
- Weitere 20 Sprengstoff- und Brandanschläge während des Jahresverlaufs richteten sich vor-

nehmlich gegen Ausländer oder von diesen benutzte Einrichtun-

gen.

 In mehreren Orten der Bundesrepublik Deutschland wurden bei Rechtsextremisten Waffen, Sprengstoff und Munition aufgefunden und beschlagnahmt.

### 4.5 Agitation

Wegen des ständigen Verfolgungsdrucks, dem sich Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt sehen, betreiben sie ihre Agitation im wesentlichen über das Ausland. Zu nennen sind vor allem

- der »NS-Kampfruf« des amerikanischen Neonazis Gary Rex LAUCK,
- »Der Schulungsbrief« der NSDAP des Amerikaners Georg DIETZ,
- die Schriften des deutsch-kanadischen Neonazis Ernst ZÜNDEL,
- die von französischen Neonazis herausgegebene Schrift »Le Flambeau Européen« (presserechtlich verantwortlich: Gary Rex LAUCK).

In der Formulierung rassistischer, ausländer- und demokratie-feindlicher Thesen wird die Agitation zunehmend aggressiver; das Ziel, den Boden für politische Gewaltanschläge zu bereiten, ist unverkennbar. Das ergibt sich z. B. aus folgenden Zitaten aus dem »NS-Kampfruf« (Nrn. 46 und 48–1981/82):

»Zerschlagt diesen Staat . . .!«
»In Zukunft werden wir mit den gleichen Mitteln zurückschlagen, die man gegen uns anwendet . . .«

»Die Repräsentanten des Besatzersystems, die Befürworter der Kanakenintegration und die Hetzer gegen unser Volk, sie alle sind für uns erreichbar, zu jeder Tages- und Nachtzeit . . . «

»Noch schläft das deutsche Volk,

aber wehe dem Tage, an dem der große Sturm des deutschen Widerstandes losbricht! Dann werden die Stricke nicht ausreichen, um diese Volksverräter alle aufzuhängen! . . . Der Ruf nach dem Führer wird immer lauter! Noch nie war er so wertvoll wie heute – unser Adolf HITLER!«

Als Ziele der »NSDAP-Auslandsund Aufbauorganisation« (NSDAP-AO) nennt der »NS-Kampfruf«:

»Deutsche Selbständigkeit, freivon US- und Sowjetbesetzung und Herrschaft.

Europäische Neuordnung im Rahmen einer arischen Völkergemeinschaft.

Reinerhaltung der Rasse.

Ausschaltung des jüdischen Einflusses.

Überwindung des kapitalistischen und kommunistischen Materialismus durch die Lehre Adolf HIT-LERS-den Nationalsozialismus.«

Aufmerksamkeit und Resonanz finden aber auch Äußerungen des Neonazis Michael KÜHNEN, der von vielen Neonazis als mögliche Integrationsfigur angesehen wird. In seinem in der Strafhaft verfaßten Buchmanuskript »Die zweite Revolution « sagt er u. a.:

»Die nationalsozialistische Bewegung beansprucht die alleinige und unumschränkte Macht in Deutschland! Das galt gestern ebenso wie heute und morgen.

Nationalsozialisten halten sich an die Gesetze der Demokratie, aber machen kein Hehl daraus, daß sie keine Opposition zulassen werden, wenn sie selber an der Macht sind. Opposition gegen den Nationalsozialismus ist Opposition gegen das Volk und damit Volksverrat!«

Zu »langzeitstrategischen« Fragen

nahm er im Februar 1982 in einem Interview des »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts« wie folgt Stel-

lung:

»Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren ... hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion. Das ist ein Thema . . . mit dem wir auch in zukünftiger Zeit eine Massenbasis bekommen werden ... Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird. die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemaeanerische Organisation zu bringen. Das wäre die strategische Langzeitrichtung, diese beiden Themen zusammenzukoppeln und damit gegen das System anzutreten."

Ergänzend dazu schrieb KÜHNEN aus der Haft:

»Ergänzend zu meinen Ausführungen kann ich heute bestätigen, daß ich nach meiner Freilassung die ANS (Anm.: »Aktionsfront Nationaler Sozialisten«) reorganisieren und mit altem Geist auf neuen Wegen zu einem politischen Faktor zu machen gedenke.«

### 4.6 Neonazis in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein existiert nach wie vor als neonazistische Gruppe nur noch die »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI) mit Thies CHRISTOPHERSEN als Leiter. Ihre Aktivitäten gingen erheblich zurück, seitdem CHRISTOPHERSEN im Herbst 1981 wegen einer wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates u. a. verhängten neunmonatigen Freiheitsstrafe in Belgien untertauchte. Die BBI veranstaltete in Belgien, in den Niederlanden und im Elsaß sowie—ohne Beteiligung CHRI-

STOPHERSENS—in der Bundesrepublik Deutschland mehrere Treffen ihres Leser- und Freundeskreises, davon eines in Aumühle. Mehrfach trat bei solchen Veranstaltungen Otto Ernst REMER als Referent auf, der hierbei seine Entschlossenheit bekundete, dem »rechten Lager« zum Durchbruch zu verhelfen, und den Aufbau einer funktionsfähigen neuen Organisation ankündigte.

Thies CHRISTOPHERSEN setzte seine neonazistische Agitation mit dem Vertrieb von Schriften seines »Kritik-Verlages« auch vom Ausland her fort. Erwähnung verdient seine vierteljährlich erscheinende Publikatin »Die Bauernschaft«, die er in einer Auflage von 5000 Exemplaren auf Spendenbasis an Freunde und Anhänger im In- und Ausland vertreibt. Die Zahl seiner Anhänger in Schleswig-Holstein sank von 100 auf 65.

Auch im übrigen gingen die neonazistischen Aktivitäten weiter zurück. Zu registrieren waren lediglich folgende Vorfälle:

- Ende Januar besprühten bislang unbekannte Täter 16 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Lübeck mit Hakenkreuzen und SS-Runen.
- Im April wurden in Lübeck drei Personen im Alter von 17 bis 19 Jahren beim Kleben von Parolen der NSDAP-AO festgenommen.

### 5. Nationaldemokratische Organisationen

### 5.1 »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

Auf Bundesebene ist der Mitgliederbestand der NPD von 6600 auf 5900 zurückgegangen. Die Partei macht sich über ihre Chancen bei

Wahlen keine Illusionen mehr; ihr geht es eigentlich nur noch darum. »Flagge zu zeigen«. Neben Thesen zur Ausländerpolitik und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird die langjährige Hauptforderung der NPD einem wiedervereinigten Deutschland mit einer »neuen Ordnung des brüderlichen Gemeinnutzens« wiederholt. Dieses Ziel soll durch den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der Nato und der DDR aus dem Warschauer Pakt sowie durch eine langfristige Annäherung der Gesellschaftssysteme beider Staaten erreicht werden.

Der Landesverband Schleswig-Holstein hat nur noch rd. 300 Mitglieder, von denen ca. 50 % älter als 60 Jahre sind. Seine finanzielle Lage ist weiterhin angespannt, da er noch 66 000 DM an 1971 zuviel erhaltener Wahlkampfkostenvorschüsse in Monatsraten von 500 DM zurückzuzahlen hat; durch eine für das Frühjahr 1983 vorgesehene Mitgliederumlage soll ein Teil dieser Schulden außerplanmäßig zurückgezahlt werden.

Mit landesweiten Veranstaltungen trat der Landesverband 1982 nur viermal in Erscheinung, und zwar

- im Januar mit einer Dichterlesung in Kiel mit Emil MAIER-DORN (NPD-Gründungsmitglied),
- im Mai mit seinem Landesparteitag in Lübeck, der unter dem Motto »150 Jahre Nationaldemokratie« stand.
- im Oktober mit einem Erntedankfest in Laboe, auf dem das Vorstandsmitglied der österreichischen »Nationaldemokratischen Partei«, Walter NEPRAS, sprach,
- im November mit dem Landesparteitag in Kleve/Kreis Steinburg zur Aufstellung der Landeslisten für

die Bundestagswahl und die Landtagswahl 1983.

An den beiden Landesparteitagen nahm der Parteivorsitzende Martin MUSSGNUG teil; politische Gegner nahmen beide Veranstaltungen zum Anlaß für Demonstrationen.

Seit Juni 1982 erscheinen wieder zweimonatlich in einer Auflage von 400 Exemplaren die »NPD-Informationen« als Mitteilungsblatt des Landesverbandes.

Bei der Kommunalwahl am 7. März 1982, an der sich die NPD selbst nicht beteiligte, sind vier ihrer Mitglieder über kommunale Wählervereinigungen in Gemeindevertretungen gewählt worden.

Von den Kreisverbänden entwikkeln lediglich nur noch die in Segeberg und Steinburg geringe Aktivitäten.

### 5.2 »Junge Nationaldemokraten« (JN)

Bundesweit zählt die JN rd. 500 Mitglieder. In Schleswig-Holstein besteht seit Frühjahr 1979 kein JN-Landesverband mehr; als Kreisorganisation existiert lediglich der JN-Kreisverband Segeberg mit etwa 10 bis 15 Mitgliedern und Anhängern; Einzelmitglieder wohnen im Lande verstreut. Nennenswerte Aktivitäten gingen von der Segeberger JN-Gruppe nicht aus; ihr Vorsitzender trat lediglich dadurch in Erscheinung, daß er Mitglieder aufforderte, »mit Waffen nur für die eigene Verteidigung (mehr nicht)« zu einem Bundeskongreß der JN zu erscheinen, und eine Veranstaltung mit Otto Ernst REMER in Leezen organisierte.

### 6. »National-Freiheitliche Rechte«

Der Herausgeber der »Deutschen National-Zeitung«, Dr. Gerhard FREY, München, bemüht sich seit langem, das »rechtsextremistische Lager« um sich zu sammeln. Bereits 1971 gründete er als Kernorganisation die »Deutsche Volksunion« (DVU). Er ist gleichzeitig Geschäftsführer der »Aktion Deutsche Einheit« (AKON), die 1962 gegründet worden war. Er gründete auch den »Freiheitlichen Rat«, einen Zusammenschluß mehrerer rechtsextremistischer Verbände, und aus aktuellem politischen Anlaß die

- »Volksbewegung für Generalamnestie« (VOGA) – 1979,
- »Initiative für Ausländerbegrenzung« (IfA) – 1980,
- »Aktion Deutsches Radio und Fernsehen« (ARF) – 1981.

Dr. FREY behauptet, in den von ihm gegründeten Organisationen mehr als 12 000 Mitglieder vereinigt zu haben

Im DVU-Organ »Deutscher Anzeiger«, das wöchentlich in einer Auflage von 20 000 Exemplaren erscheint, wirbt Dr. FREY auch für die anderen Organisationen und ihre Veranstaltungen, auf denen neben ihm selbst u. a. der britische Historiker David IR-VING, der inzwischen verstorbene Hans-Ulrich RUDEL (bekannter Jagdflieger des 2. Weltkrieges) und Otto Ernst REMER referierten.

In Schleswig-Holstein haben die Verbände der »National-Freiheitlichen Rechten« nur geringe Bedeutung. Der Bezirksverband Lübeck der DUV führte 1982 einige wenige Veranstaltungen durch, auf denen am 17. November David IRVING und am 21. November Otto Ernst REMER

sprachen. Die Teilnehmer an diesen Veranstaltungen, zu denen zwecks Vermeidung von Störungen kurzfristig geladen wurde, reisten aus dem gesamten Land an.

Die ebenfalls dem »Freiheitlichen Rat« angehörende »Wiking-Jugend« hat auf Bundesebene rd. 350 und in Schleswig-Holstein nur wenige Mitglieder. Sie ist bemüht, die internationale Zusammenarbeit mit gleichgearteten rechtsextremistischen Jugendorganisationen auszubauen. Im Sommer veranstaltete sie in Garding/Eiderstedt ein Sommerlager mit etwa 30 Teilnehmern.

### 7. Sonstiger Rechtsextremismus

### 7.1 »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ)

Der BHJ dürfte bundesweit 150 Mitglieder zählen. Auf seinem Bundesiugendtag im September 1982 in Framersbach/Würzburg wurde Heinz-Gert HÖFFKES aus Oberhausen zum neuen Bundesführer gewählt. Im Sommer trat der BHJ durch eine »Deutschlandstaffel« vom Knivsberg in Dänemark zur »Salurner Klause« in Südtirol in Erscheinung, die er als großes Jahresereignis anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens des BHJ feierte und im »Trommler-Express« (Sondernummer der Zeitschrift »Der Trommler« vom September 1982) wie folgt schilderte:

»In wenigen Tagen wird die Nord-Süd-Staffel des BHJ... die zweite deutsch-deutsche Grenze auf ihrem Weg überschreiten!«

In Schleswig-Holstein existieren nur zwei Gruppen des BHJ, und zwar eine im Kreis Herzogtum Lauenburg und eine in Kiel; Mitglieder der Kieler Gruppe gaben die Schülerzeitung »Lisbeth« heraus, die durch fremdenfeindliche Tendenzen Aufmerksamkeit erregte.

### 7.2 »Nordischer Ring«

Anliegen des »Nordischen Rings«, Sitz Bredstedt, ist, das »gemeinsame Kulturerbe zu erhalten und die Zukunft unserer Kinder zu sichern«. Die Vereinigung bezeichnet die »nordische Rasse« anthropologisch als den »gemeinsamen Kern unserer Völker«; sie sei eine biologische Einheit.

In einem Namensartikel der Folge 2/1982 ihres vierteljährlich erscheinenden Publikationsorgans »Nordische Zukunft« heißt es zum Falkland-

Krieg:

»... wir gönnen diesem germanischen Brudervolk (den Engländern – Anm. d. Verf.) den vollständigen Sieg gegen eine mehrheitlich von Spaniern und Italienern besiedelte Macht!" Linksextremistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein 1982



### B. Linksextremistische Bestrebungen

### Situation des Linksextremismus

Das 1981 von allen linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen aufgegriffene Generalthema »Frieden« stand auch im vergangenen Jahr im Mittelpunkt ihrer politischen Agitation, obwohl ungeachtet einzelner Aktionsbündnisse eine gemeinsame Basis mit übereinstimmenden Zielen und Methoden nicht geschaffen werden konnte.

Besonders engagiert ist insoweit weiterhin die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP), die neue taktische Wege beschritt, indem sie durch Veranstaltungen wie »Künstler für den Frieden«, »Pädagogen für den Frieden« oder »Sportler gegen Atomraketen - Sportler für den Frieden« zum Teil Tausende von Teilnehmern, darunterprominente Persönlichkeiten, für ihr Anliegen interessieren konnte. Sie ist überzeugt, durch das Ansprechen einzelner Berufsgruppen eine größere Breitenwirkungerzieltzuhabenalsmit ihrer bisherigen Bündnispolitik über von ihr beeinflußte Organisationen.

Seit dem Regierungswechsel in Bonn sieht die DKP darüber hinaus Chancen für eine gemeinsame Front aller »demokratischen und fortschrittlichen« Kräfte gegen das neue »Rechtskartell«; für sie ist die neue Bundesregierung der »Wunschgegner«. Sie meint, einen Abbau der bisherigen »Berührungsängste« gegenüber Kommunisten feststellen zu können.

Die »Friedensarbeit« der »Neuen Linken« war dagegen weniger intensiv und erfolgreich.

Die Gruppen der dogmatischen »Neuen Linken« waren durch weiteren inneren Verfall und Mitgliederschwund gelähmt, was sich auch negativ auf die »Friedensarbeit« auswirkte. Ob der Versuch des »Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands« (KABD), mit der Gründung der »Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands« (MLPD) eine Konsolidierung zu erreichen, Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten; in Schleswig-Holstein hat die MLPD bislang nicht Fuß fassen können. Ähnliches hatte 1980 bereits die »Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD) mit der Gründung der »Volksfront« versucht - ein Unternehmen, das als gescheitert angesehen werden muß.

Hinderlich für eine erfolgreiche »Friedensarbeit«derundogmatischen »Neuen Linken« war eine fehlende ideologische Übereinstimmung. Dessenungeachtet hat diese politische Richtung größeren Zulauf erhalten, seitdem die K-Gruppen ihre Faszination auf Teile der kritischen Jugend eingebüßt haben. Im übrigen ist für Teile der Anhänger der undogmatischen »Neuen Linken« »Friedensarbeit« nicht die Durchführung massenwirksamer Großdemonstrationen und Kundgebungen; vielmehr sind es gezielte Einzelaktionen gegen Repräsentanten und Einrichtungen des »Imperialismus«. Damit hat sich die undogmatische »Neue Linke« selbst in die ideologische Nähe der »Roten Armee Fraktion«(RAF)undder»Revolutionären Zellen« (RZ) begeben. In der Tat hat die Konzeption der RZ in Form von »Resonanzgruppen« immer mehr Anhänger gefunden. Zahlreiche Anschläge, durch die der Volkswirtschaft ein Schaden in vielfacher Millionenhöhe zugefügt wurde, belegen dies.

### 2. Übersicht in Zahlen

### 2.1 Organisationen und Anhänger

Im Lager des orthodoxen Kommunismus gab es zum Jahresende 1982 neben den Kernorganisationen DKP und »Sozialistische Einheitspartei Westberlin« (SEW) 13 Nebenorganisationen. Die Kernorganisationen hatten - wie 1981 - rund 44 500 Mitglieder, wovon rund 40 000 auf die DKP und rund 4500 auf die SEW entfielen. Die Nebenorganisationen zählten insgesamt 27 000 Mitglieder, wovon 24 500 der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ), dem »MarxistischenStudentenbundSpartakus« (MSB) und den »Jungen Pionieren« (JP) angehörten. Die Mitgliederzahl der rund 50 von der DKP beeinflußten Organisationen stieg von 61 000 auf 70 000, was vor allem auf den Mitgliederzuwachs »Deutschen Friedensgesellschaft -VereinigteKriegsdienstgegner«(DFG VK) von 15 000 auf 22 000 zurückzuführen ist.

Ein nicht geringer Teil der Mitglieder gehört allerdings mehreren Organisationen an, was in der nachfolgenden Tabelle berücksichtigt wurde.

In Schleswig-Holstein hatten die orthodox-kommunistischen Kernund Nebenorganisationen sowie die von der DKP beeinflußten Organisationen am Jahresende rund 2350 Mitglieder, wobei ebenfalls Mehrfachmitgliedschaften zu berücksichtigen sind.

Im Bereich der dogmatischen »Neuen Linken« gab es im Bundesgebiet Ende 1982 23 Kernorganisationen mit rund 3900 Mitgliedern und 11 Nebenorganisationen mit rund 1100 Mitgliedern.

In Schleswig-Holstein waren 1982 5 dogmatische Kernorganisationen mit rund 240 Mitgliedern zu verzeichnen. Als Nebenorganisation war nur noch die von der KPD gegründete »Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition« (RGO) mit rund 110 Mitgliedern von Bedeutung.

Zur undogmatischen »Neuen Linken« zählten auf Bundesebene rund 3700 Personen, wobei lediglich die Mitglieder überregionaler Gruppierungen erfaßt wurden.

In Schleswig-Holstein lag die Anhängerzahl bei 300.

### 2.2 Linksextremistisch motivierte Straftaten

In Schleswig-Holstein wurden im vergangenen Jahr in mehr als 200 Fällen (Vorjahr: 150 Fälle) Ermittlungsverfahren wegen linksextremistisch motivierter Straftaten eingeleitet. Gegenstand der Ermittlungsverfahren waren im wesentlichen folgende Vorfälle:

- 18 Brand- und Sprengstoffanschläae,
- 8 sonstige Sabotagehandlungen,
- 7 Zerstörungen von Fenster- und Schaufensterscheiben,
- 5 Anschläge auf Kraftfahrzeuge,
- 8 anonyme Drohbriefe oder -anrufe,
- 5 Anschläge mit Buttersäure,
- 3 Desinformationsschreiben,
- 6 Fälle von Volksverhetzung,
- 5 gewalttätige Demonstrationen,
- 3 Fälle der Störung von Veranstaltungen,
- 8 Fälle von Hausbesetzungen,
- Besetzung einer Kirche,
- Besetzung eines U-Bootes,
- mehr als 100 Fälle von Schmieren politischer Parolen, wobei solche, mit denen für die Ziele der RAF und der RZ geworben wird, stark zugenommen haben.

	Mitglieder/Anhänger												
	Organi-	1980				1981				1982			
	sationen	Bur	nd	Land		Bund		Land		Bund		Land	
I. ORTHODOXE KOMMUNISTEN I.1 Kernorganisationen I.2 Nebenorganisationen davon I.3 beeinflußte Organisationen davon	DKP SEW MSB SDAJ Jg. Pioniere VVN-BdA DFU DFG-VK**	40 000 <u>5 000</u> 45 000 29 300	6 100 15 000 3 000 54 500 12 000 2 000 14 500	900	80 600 300 400 150 130 50*	40 000 4 500 44 500 29 000	6 000 15 000 3 500 61 000 12 000 2 000 15 000	900	80 600 300 350 130 130 50*	40 000 <u>4 500</u> 44 500 27 000	6 000 15 000 3 500 70 000 13 000 1 500 22 000	900	80 600 300 450 200 130
GESAMTZAHL in Kern- und Neben- organisationen nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften		55 700		1 700		54 300		1 650		52 750		1 650	
DOGMATISCHE     NEUE LINKE     Kernorganisationen     Nebenorganisationen     beeinflußte     Organisationen		5 700 1 700 3 100		360 200 50		5 300 800 4 500		280 200 50		3 900 1 100 4 300		240 120	
GESAMTZAHL in Kern- und Neben- organisationen nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften 3, UNDOGMATISCHE		5 500		470		4 500		400		3 700		300	
NEUE LINKE	1	3 200		150*		3 200		300*		3 700		300*	
Summe		64 400		2 320		62 000		2 350		60 150		2 250	

Geschätzte Mitgliederzahl
 Die DFG-VK ist die mitgliederstärkste unter den kommunistisch beeinflußten Organisationen mit dem geringsten Anteil an Kommunisten

### 3. Orthodoxe Kommunisten

### 3.1 Die »besonderen Beziehungen« der DKP zur KPdSU und zur SED

Als orthodox werden diejenigen kommunistischen Organisationen bezeichnet, die bedingungslos auf die Ideologie und die Politik der »Kommunistischen Partei der Sowjetunion« (KPdSU) eingeschworen sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist es die DKP mit ihren Nebenorganisationen.

Die DKP steht, wie sie selbst bekundet, in der revolutionären Tradition der 1918 gegründeten »Kommunistischen Partei Deutschlands« (KPD). Für ihre Mitglieder gilt der Satz des ehemaligen KPD-Vorsitzenden Ernst THÄLMANN, daß die Haltung zur Sowietunion der entscheidende Prüfstein für jeden Kommunisten ist. Demzufolge hat die DKP bisher in keinem Fall Zweifel an der Richtigkeit der Moskauer Politik laut werden lassen, wie es beispielsweise bei den kommunistischen Parteien in Italien. Spanien und Frankreich zu verzeichnen ist. Dies wird von der KPdSU und den anderen »Bruderparteien« des Ostblocks auch honoriert; sie erhält iedes Jahr Finanzhilfen von mehr als 60 Millionen DM. Darüber hinaus wird die Linientreue der DKP bei jeder Gelegenheit immer wieder herausgestellt. Im Juli 1982 wurde sie bei einem Treffen mit Spitzenfunktionären der KPdSU, an dem der jetzige Generalsekretär ANDROPOW teilnahm, für ihre »brüderliche Solidarität« und ihren »unermüdlichen Kampf für den Frieden« ausdrücklich gelobt. Die DKP-Tageszeitung »Unsere Zeit« (UZ) übernahm einen entsprechenden Bericht der »Prawda«, in dem auch die »traditionsreichen brüderlichen Beziehungen« beschworen wurden.

Dieselben »brüderlichen Beziehungen « bestehen auch zwischen der DKP und der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands « (SED). Beide Parteien unterhalten seit Jahren besonders enge Bindungen. Für die Anleitung der DKP ist die »Westabteilung « beim Zentralkomitee (ZK) der SED zuständig; dagegen werden die Beziehungen der SED zu allen anderen »Bruderparteien « von der Abteilung »Internationale Verbindungen « des ZK wahrgenommen.

Jeder der zwölf DKP-Bezirksverbände wird von einem SED-Bezirksverband als sog. »Patenschaftsbezirk« betreut. Diese »Patenschaften« wurden durch einen Beschluß des ZK der SED im Jahre 1957 begründet, als die KPD nach dem 1956 erfolgten Verbot einen illegalen Apparat aufbaute. Eine wichtige Rolle spielen regelmäßige Funktionärstreffen (Anleitungstreffen), auf denen über taktische und strategische Fragen beraten wird. Seitdem die Themen »Frieden« und »Nato-Nachrüstung« in den Mittelpunkt der kommunistischen Bemühungen um Einflußnahme auf die politischen Verhältnisse in der BundesrepublikDeutschlandgerückt sind, haben diese Treffen noch an Bedeutung gewonnen.

Zur Finanzierung ihrer Parteiarbeit erhält die DKP nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden jährlich mehr als 60 Millionen DM aus der DDR; der Transfer erfolgt auf konspirativem Wege, insbesondere durch Kuriere und über die rd. zwei Dutzend kommunistisch gelenkten Firmen in der Bundesrepublik Deutschland, die oft mit finanzieller Unterstützung aus der DDR von Strohmännern gegründet oder er-

worben wurden, im Ost-West-Handel besonders engagiert sind und die Interessen von Im- und Exportgesellschaften der DDR wahrnehmen.

Demgegenüber nehmen sich die von der DKP angegebenen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden u. a. (darunter auch »Großspenden und Erbschaften«) von insgesamt 15,1 Millionen DM recht bescheiden aus; sie decken gerade in etwa die Kosten des mit mehreren hundert hauptamtlichen Mitarbeitern besetzten Parteiapparates.

Die vorbehaltlose Übernahme der Politik der KPdSU und der SED ist der wesentliche Grund dafür, daß die DKP bei der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland bislang keinen Anklang gefunden hat. Dies wird von der Partei in Kauf genommen; wiederholt haben führende Vertreter betont, daß man sich zwar an Parlamentswahlen beteiligen müsse, aber auf diesem Felde nicht mit Erfolgen rechnen dürfe. Der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann GAUTIER tröstete die Parteimitglieder damit. daß dem Wirken der Partei eine grö-Bere Bedeutung zukomme, als sich an der Zahl der Mitglieder und Wähler ablesen lasse.

### 3.2 Über Bündnisse zur politischen Machtveränderung

Die DKP hält unverändert an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Sie bezeichnet sich selbst als revolutionäre Kampfpartei, die den »Sozialismus« auch in unserem Land anstrebt. Ihr auf kommunistischer Kampftradition beruhendes Strategie- und Taktikmodell will sie »schöpferisch« auf die »besonderen Bedingungen in der Bundesrepublik« anwenden.

Die Partei geht davon aus, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Land mit »schweren sozialen und politischen Widersprüchen« sei; im Parteiprogramm heißt es hierzu:

»Der Gegensatz zwischen dem arbeitenden Volk und dem Großkapital – das ist der grundlegende soziale Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik...

Es gilt, mit der geeinten Kraft der arbeitenden Menschen im Kampf gegen das Monopolkapital eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschrittherbeizuführen. «Diese von der DKP geforderte »Wende« ist das gegenwärtige taktische Etappenziel. Sie soll bewirken, daß das Kräfteverhältnis zugunsten der »Arbeiterklasse« und der »anderen demokratischen Kräfte« verändert wird. Daraus soll sich dann die »antimonopolistische Demokratie« ergeben, in der ein breites Bündnis eine Koalitionsregierung bilden soll.

Für die Verwirklichung dieser Ziele sieht die DKP derzeit, da sich auf dem Feld der politischen Parteien »Veränderungen« ergeben hätten, neue Möglichkeiten, zumindest die Chance, auf eine Instabilität der innenpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland hinzuwirken. Hierzu führte Willi GERNS, Mitalied des Präsidiums der DKP, in einem Grundsatzartikel in der Parteizeitung »Unsere Zeit« vom 27. Oktober 1982 aus, daß sich durch den Regierungswechsel in Bonn neue Möglichkeiten ergäben, »größere Teile der Sozialdemokratie« und der Gewerkschaften in die Friedensbewegung und die sozialen Bewegungen einzubeziehen. Unter diesem Gesichtspunkt habe der außerparlamentarische Kampffür die Partei absoluten Vorrang, Es gelte daher, »Bündnisse« zu schließen. Wörtlich führte er aus:

»Und wenn es gelänge, die in Bonn etablierte Rechtskoalition durch eine Regierung abzulösen, die sich auf die parlamentarische Zusammenarbeit der SPD z. B. mit den Grünen stützte und die unter entsprechendem außerparlamentarischem Druck stünde, dann wäre das auf dem parlamentarischen Feld . . . das nächstliegende im Kampf um eine Wende."

Unabhängig hiervon strebt die DKP demokratische Wahlbündnisse an, auch wenn sie solchen Bemühungen, insbesondere wegen »organisationsegoistischer Vorbehalte der Grünen«, wenig Chancen einräumt.

### 3.3 Die »Friedensarbeit« der orthodoxen Kommunisten

Auch im vergangenen Jahr stand das Thema »Frieden« im Mittelpunkt der Agitation orthodoxer Kommunisten. Ihr zentrales Anliegen ist es nach wie vor, den Nato-Doppelbeschlu߻politisch«undurchführbarzu machen. Der Parteivorstand der DKP stellte insoweit fest, daß die DKP »erfolgreich gewesen sei«; »reaktionäre Kräfte«, wozu die DKP insbesondere die in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelten DDR-Regimekritiker Rudolf BAHRO und Wolf BIERMANN rechnet, hätten zwar versucht, das Wirken von Kommunisten in der Friedensbewegung zu diskreditieren, diese Angriffe seien jedoch abgeschlagen worden; das gelte auch für die Angriffe der »Grünen« auf die DKP. Die Initiativen und Aktionen der DKP sind ein Teil einer von der KPdSU inszenierten weltweiten Kampagne. Bei der Initiierung von »Massenaktionen« spielte der sowie-

tisch gesteuerte »Weltfriedensrat«, dem Mitglieder aus 137 Ländern aus der Bundesrepublik Deutschland die DKP-beeinflußte »Deutsche Friedens-Union« (DFU) und die ebenfalls von der DKP beeinflußte »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA) - angehören, eine herausragende Rolle. Der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Vitali SCHAPOSCHNI-KOW, stellte in einem Beitrag der Ostberliner Zeitschrift »Deutsche Außenpolitik« (Nr. 3/1982) fest, daß »Massenaktionen der Friedenskräfte« bereits in den fünfziger Jahren auf Initiative des »Weltfriedensrates« koordiniert und durchgeführt worden seien; auch heute sei der »Weltfriedensrat« Initiator derartiger Kampagnen.

In der Bundesrepublik Deutschland obliegt die Koordinierung der einzelnen Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen der kommunistischen »Abrüstungskampagne« dem 1974 unter maßgeblicher Beteiligung kommunistischer und kommunistisch beeinflußter Organisationen gegründeten »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ). Zwar sind dessen meiste Mitalieder Nichtkommunisten, von denen einzelne - in scheinbaren Führungsfunktionen - die Organisation nach außen repräsentieren; jedoch gehören acht der neun Mitglieder des Leistungsstabes, der die eigentliche Arbeit, insbesondere die organisatorischen Vorbereitungen besorgt, persönlich oder über ihre Organisationen (DFU, VVN-BdA) dem sowjetisch gelenkten »Weltfriedensrat« an; ein Leitungsmitglied wohnt in Schleswig-Holstein. Für die Durchführung der einzelnen Veranstaltungen und sonstigen Aktionen vor Ort bedient

sich das KFAZ oft des Organisationsapparates der DFU.

Die DKP verfolgt bei ihrem »Friedenskampf« offen ihre revolutionären Ziele. In dem Kommuniqué des DKP-Parteivorstandes vom 6./7. Februar 1982 heißt es:

»Wenn wir Kommunisten uns mit ganzer Kraft im Friedenskampf engagieren, so ist dies das Engagement einer revolutionären Arbeiterpartei, die sich an den Ideen von MARX, ENGELS und LENIN orientiert.«

Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die DKP in den letzten Monaten einer neuen Taktik. Während sie früher die von ihr beeinflußten Organisationen (sog. Tarnorganisationen) für sich arbeiten ließ, spricht sie seit der überaus großen Resonanz des »Krefelder Appells« die »Massen« berufsspezifisch an. Großveranstaltungen wie »Künstler für den Frieden«, »Pädagogen für den Frieden« und »Sportler gegen Atomraketen -Sportler für den Frieden« wurden von der DFU und der von ihr gesteuerten »Krefelder Initiative« mit Erfolg durchgeführt. Daneben war die DKP bestrebt, die von den vielfältigen Gruppen der Friedensbewegung getragene Kampagne für eine »atomwaffenfreie Zone Bundesrepublik« mitzugestalten; in dieser Kampagne soll nach dem Vorbild in Großbritannien und in den Niederlanden die Bundesrepublik Deutschland mit einem Netz kommunaler atomwaffenfreier Zonen überzogen werden, um so eine etwaige Durchführung des Nato-Doppelbeschlusses als gegen den Willen des Volkes gerichtet anprangern zu können.

Der starke Einfluß der DKP auf die Friedensbewegung zeigt sich vor allem an den von der Partei im letzten Jahr wiedererweckten »Ostermärschen«, an denen sich auch zahlreiche Kommunisten beteiligten. Die DKP ist sich dabei durchaus darüber im klaren, daß ihr Einfluß erheblich über ihren zahlenmäßigen Anteil hinausgeht, wie dies der DKP-Vorsitzende Herbert MIES auf einer Bundesvorstandssitzung im Oktober 1982 mit folgenden Worten bestätigte:

»Jeder, der die Realität des außerparlamentarischen Kampfes kennt, weiß, was es bedeutet, wenn das Engagement, die Disziplin und die Organisationskraft von nahezu 50 000 Kommunisten zum Tragen kommt.«

### 3.4 Die Aktivitäten orthodoxer Kommunisten in Schleswig-Holstein

Die Mitgliederzahl des Bezirksverbandes Schleswig-Holstein der DKP stagniert weiter bei rd. 900 Mitgliedern, die in elf Kreisorganisationen und 40 Ortsgruppen organisiert sind. Auch der Bezirksverband pflegte intensive Beziehungen zur SED, insbesondere zu seinem »Patenschaftsbezirk« Neubrandenburg, was in einem Anstieg der Zahl von Delegationsreisen zum Ausdruck kam. Außerdem reisten vermehrt einzelne DKP-Funktionäre in die DDR, um Instruktionen einzuholen.

Umgekehrt war auch eine Zunahme der Reisen von Funktionären der SED und staatlicher Einrichtungen der DDR nach Schleswig-Holstein festzustellen, die zum Teil auf öffentlichen oder internen DKP-Veranstaltungen auftraten. Die DKP führte diese Veranstaltungen überwiegend mit dem Thema »Friedenskampf« durch, wobei sie auch von Angehörigen der in Hamburg ansässigen Sowjetischen Handelsmission unterstützt wurde.

Für die »Bearbeitung« der »Massen« im Sinne der sowietischen »Friedenspolitik« setzte die DKP unter dem Motto »Arbeitsplätze statt Raketen« neben der bundesweit erscheinenden Tageszeitung »Unsere Zeit« zahlreiche Regional-, Orts-, Stadtteil- und Betriebszeitungen ein: hinzu kam eine Flut von Flugblättern.

Schwerpunkte ihrer Arbeit sieht die DKP in Schleswig-Holstein in Kiel, Lübeck, Flensburg und im Kreis Pinneberg. Dies gilt auch für die »Friedensarbeit«, soweit sie diese durch die Bildung außerparlamentarischer Bündnisse betreiben will.

Besonders hier gehören zahlreiche orthodoxe Kommunisten örtlichen »Friedensinitiativen« an. In manchen übt sie einen bestimmenden Einfluß aus, während sie in anderen oft unerkannt über die DFU oder andere von ihr beeinflußte Organisationen Regie führt.

Besonders großen Erfolg verspricht sich die DKP Schleswig-Holstein von ihrer Mitarbeit in der Kampagne für »atomwaffenfreie Zonen« in Schleswig-Holstein, Insoweit entwickelte sie besondere Aktivitäten in Neumünster und Flensburg sowie in den Kreisen Stormarn und Pinneberg. Sie meint, daß diese Kampagne sich inzwischen zu einer breiten Volksbewegung entwickelt habe, in der - was ihrer Bündnispolitik entspricht - Vertreter aller demokratischen Kräfte mitwirken.

Über ihre Chancen bei demokratischen Wahlen macht sich die DKP keine Illusionen:

"Auch wenn sich der Einfluß der DKP bisher nicht überall in Wählerstimmen ausgedrückt hat, ist sie eine gesellschaftliche Kraft, deren Wirkung in der Friedensbewegung und in den Auseinandersetzungen

gegen Rotstiftpolitik und soziale Demontage spürbar geworden ist."

(Flugblatt zur Landtagswahl 1983)

In der Tat hatte die Partei bei der Kommunalwahl am 7: März 1982 in Schleswig-Holstein einen Rückgang des Stimmenanteils von 0.5 % auf 0.27 % zu verzeichnen, den sie der Beteiligung der Partei »Die Grünen« zur Last legte; lediglich in Barmstedt konnte sie mit 11,4 % der Stimmen ein ähnlich gutes Wahlergebnis wie 1978 erreichen und wiederum zwei Mitglieder in die Stadtvertretung entsenden. Nicht zuletzt deshalb strebte sie für die Wahlen im März 1983 Bündnisse mit anderen Parteien an. insbesondere mit der Partei »Die Grünen«. Entsprechende Versuche wurden jedoch von den »Grünen« mit dem Hinweis abgelehnt, die DKP sei zwar, wie sie selbst, gegen das »Bonner Atomprogramm«, nicht jedoch gegen die »real-sozialistisch « verwalteten Kernkraftwerke in der DDR.

Auch in anderen von der DKP für wichtig erachteten Bereichen hat sie nur wenig Erfolg gehabt:

- Die Ergebnisse ihrer Bemühungen. insbesondere in Großbetrieben des Landes durch Betriebsgruppen und durch die Wahl von Betriebsräten Fuß zu fassen, blieben weit hinter ihren Vorstellungen zurück; mit Genugtuung konnte sie lediglich die Wahl von drei Mitgliedern der SDAJ in die Jugendvertretung der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG verzeichnen.
- Ihre Versuche, Arbeitslose durch die Gründung von »Arbeitslosen-Initiativen« für ihre Ziele zu gewinnen und an sich zu binden, blieben durchweg erfolglos.
- Die Zahl der ehemals bestehenden,

von ihr beeinflußten örtlichen »Berufsverbots-Initiativen« ist von zwölf auf drei zurückgegangen, die im vergangenen Jahr nur aus Anlaß aktueller »Fälle« mit Informationsveranstaltungen und der Herausgabe von Schriften in die Öffentlichkeit getreten sind; ähnliches gilt für die von der DFU gesteuerte Landesinitiative »Weg mit den Berufsverboten in Schleswig-Holstein".

### 3.5 Nebenorganisationen der DKP

Um Jugendliche und Kinder frühzeitig politisch auszurichten und jugendpolitische Forderungen glaubhaft vertreten zu lassen, unterhält die DKP – wie ihre »Bruderparteien« in aller Welt – eigene Jugendorganisationen. Dies sind die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ) und die »Jungen Pioniere« (JP), die sich in ihren Satzungen ausdrücklich als Jugend- bzw. Kinderorganisationen der DKP bezeichnen.

Aus »Jungen Pionieren« von heute sollen, so hofft die DKP, die SDAJler von morgen und diese wiederum die DKP-Mitglieder von übermorgen werden.

### 3.5.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)

Die SDAJ hat im Bundesgebiet etwa 15 000 und in Schleswig-Holstein in sieben Kreis- und 40 Ortsbzw. Stadtteilgruppen mehr als 600 Mitglieder.

Die SDAJ wird von der DKP angeleitet; 30 % ihrer Mitglieder gehören auch der DKP an. Auch sie hat sich im vergangenen Jahr besonders aktiv in den »Friedenskampf« eingeschaltet, den sie mit Forderungen zur Beseiti-

gung der Jugendarbeitslosigkeit verband. In dem Magazin »elan«, das bundesweit in 45 000 Exemplaren monatlich vertrieben wird, war für 1982 ein »heißes Jahr der Aktionen gegen Aufrüstung, Rotstiftpolitik und den Abbau demokratischer Rechte« angekündigt worden:

»Aktionen überall... damit die Herren da oben nicht zur Ruhe kommen. In der Schule, im Betrieb, im Jugendzentrum — allein, in Bündnissen mit Hunderttausenden: wir kreisen sie ein. Wir lassen uns weder vom Frust noch von ihren Knüppeln kleinkriegen. Sollen sie weiter über die "Jugend" rätseln. Des Rätsels Lösung sind wir, unsere Ziele, unsere Träume. Tun wir alles, daß es ihre Alpträume werden."

Dementsprechend hat die SDAJ in Schleswig-Holstein vielfältige Aktivitäten entfaltet:

- Beteiligung an einer »Friedenswoche« in der Integrierten Gesamtschule Kiel-Friedrichsort im Januar.
- Durchführung eines »Arbeiterjugend-Tribunals«, bei dem Landespolitiker und der AufsichtsratsvorsitzendederKielerHowaldtswerke-Deutsche Werft AG für die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen verantwortlich gemacht wurden,
- Störungeiner CDU-Wahlkampfveranstaltung im Januar,
- Störung der Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Thema »Jugendarbeitslosigkeit«,
- Organisation eines »Pfingstcamp« für Jugendliche,
- Organisation einer »Tuur dör Sleswig-Holsteen« als Teil des »Friedenskampfes«,

- Durchführung einer »Ostsee-Friedenstour '82« nach Dänemark und Schweden unter Beteiligung von 30 Mitgliedern des sowjetischen Jugendverbandes »Komsomol« zur Unterstützung des »Friedenskampfes«,
- Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt mit Spendensammlungen,
- Sympathieveranstaltungen zugunsten der PLO aus Anlaß aktueller Ereignisse im Nahen Osten mit Beteiligung von PLO-Vertretern.

### 3.5.2 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)

Den »Jungen Pionieren« gehören auf Bundesebene 3500 und in Schleswig-Holstein in rd. 25 Gruppen rd. 300 Kinder an.

Nach wie vor betrachtet die DKP, die sich nach einer Äußerung ihres Vorsitzenden Herbert MIES bei entsprechenden Anlässen auch gern als »Deutsche Kinder-Partei« bezeichnet, die Durchführung von »Kinderferien in der DDR« als wirksamstes Werbemittel für die »Jungen Pioniere«. Im vergangenen Jahr nahmen aus Schleswig-Holstein 180 Kinder an diesen »Ferien in der DDR« teil. Ob die in der DKP-Zeitung »Praxis« (Nr. 25/1980) geäußerte Hoffnung

»Unsere Partei wird heute und morgen dadurch am besten gestärkt, indem wir heute die Arbeit mit den Kindern entwickeln und die Arbeit der Jungen Pioniere fördern. Über die Entwicklung der Arbeit mit den Kindern, die Stärkung der SDAJ, gewinnen wir einen qualifizierten Nachwuchs für unsere Partei." begründet ist, muß bezweifelt werden; die weitaus meisten Eltern lassen nach wie vor ihre Kinder an diesen Ferienaktionen teilnehmen, um so einmal billig Urlaub ohne Kinder machen zu können.

Wegen der im vergangenen Jahr besonders intensiv praktizierten Methode, Kinder auf Spielplätzen mit Werbegeschenken anzusprechen, hat es in Schleswig-Holstein zahlreiche Fälle von Auseinandersetzungen von betroffenen Eltern mit DKP-Funktionären gegeben.

### 3.6 Von der DKP beeinflußte Organisationen

Zur Durchsetzung ihrer Ziele bedient sich die DKP nach wie vor einer Reihe von Organisationen, die von Kommunisten auf Veranlassung ihrer Partei gegründet wurden oder ohne kommunistischen Einfluß entstanden, später aber von Kommunisten unterwandert worden sind. Dabei ist die Intensität des kommunistischen Einflusses bei den einzelnen Organisationen unterschiedlich.

### 3.6.1 »Deutsche Friedens-Union« (DFU)

Die aktivste und wirksamste der von der DKP beeinflußten Organisationen ist die »Deutsche Friedens-Union« (DFU), die 1960 auf Betreiben der SED und der seinerzeit im Untergrund tätigen KPD ins Leben gerufen wurde. Von den sieben Mitgliedern des Direktoriums und von den fast 60 Mitgliedern des Bundesvorstandes sind nach wie vor rd. ein Viertel Kommunisten, weitere 30 % gehören anderen kommunistisch beeinflußten Organisationen an.

Die DFU ist dem sowjetisch gelenk-

ten »Weltfriedensrat« angeschlossen. Die Pflege ihrer Beziehungen zur KPdSU und zur SED kam auch in zahlreichen Gesprächen ihrer Funktionäre mit Vertretern dieser kommunistischen Parteien zum Ausdruck.

Da die DFU als Funktionärsorganisation agiert, kommt dem Rückgang ihrer Mitgliederzahl auf Bundesebene von 2000 auf 1500 keine große Bedeutung zu. In Schleswig-Holstein hielt sich die Mitgliederzahl bei 130.

Die finanziell total von der DKP abhängige DFU war im vergangenen Jahr voll und ganz in den »Friedenskampf« der DKP eingebunden. Diese ließ zahlreiche der Friedenskampagne dienende Veranstaltungen unter dem Aushängeschild DFU organisieren und durchführen. Insbesondere stellt die DFU für Veranstaltungen der »Krefelder Initiative« nicht nur ihre Organisationskraft, sondern auch die finanziellen Mittel, die sie wiederum von der DKP erhält, zur Verfügung. Oft sind solche Zusammenhänge -Benutzung von Kontaktadressen und Konten der DFU - nur Eingeweihten erkennbar.

Auch in Schleswig-Holstein hat die DFU eine Steuerungsfunktion in der Friedensbewegung gewonnen. Auf ihre Initiative hat sich im Mai ein »Arbeitsausschuß der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein« gebildet. in dem sie nach wie vor großen Einfluß ausübt. Dies zeigte sich zum Beispiel darin, daß sich die DFU im Dezember eigenmächtig über Beschlüsse des »Zusammenarbeitsausschusses« hinwegsetzte und in seinem Namen - über ihre Landesgeschäftsstelle-eine Aktionskonferenz der schleswig-holsteinischen Friedensinitiativen organisierte. An dieser Konferenz, auf der u. a. das DFU-Direktoriumsmitglied Josef WEBER referierte, nahmen neben Mitgliedern und Anhängern der DKP und ihrer Nebenorganisationen auch Politiker demokratischer Parteien teil. Der Protest anderer an der Friedensbewegung beteiligter Gruppen beeindruckte die DFU nicht.

Auch 1982 steuerte die DFU maßgeblich den Bundessprecherkreis der Initiative »Christen für die Abrüstung« (CfA). Der Initiative »Christen für die Abrüstung in der Nordelbischen Kirche« gelang es jedoch, sich diesem Einfluß zu entziehen. Aus Protest gegen die massiven Beeinflussungsversuche trat der frühere, langjährige Landesgeschäftsführer der DFU, Walter PAWELLEK, der seit geraumer Zeit Mitglied des Bundessprecherkreises und des Sprecherkreises der »Nordelbischen Initiative« ist, aus der DFU aus.

### 3.6.2 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)

Wesentliche Unterstützung erfährt die DKP bei ihrem »Friedenskampf« auch von der »Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK), die auf Bundesebene von 15 000 auf 22 000 und auf Landesebene von 50 auf 100 Mitglieder angewachsen ist, obwohl der weitaus überwiegende Teil der Mitglieder weder Mitglied der DKP oder einer ihrer Nebenorganisationen oder beeinflußten Organisationen ist. Die politische Ausrichtung dieser Organisation wird von einigen der DKP angehörenden Mitgliedern des Bundesvorstandes bestimmt; der DKP-Einfluß wird iedoch auch auf Veranstaltungen auf Orts- und Regionalebene erkennbar, insbesondere in der Kampagne »Atomwaffenfreie Zone Bundesrepublik«. Allerdings übernehmen Orts- und Regionalverbände zunehmend Positionen und Taktiken der »Neuen Linken«, indem sie zur Verhinderung der Durchführung des Nato-Doppelbeschlusses auch illegale, angeblich gewaltfreie Protestformen (»Ziviler Ungehorsam«, »Direkter gewaltfreier Widerstand«, Blockade von Militäreinrichtungen) befürworten.

## 3.6.3 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)

Im Kampf der DKP gegen die »Faschisierung der Bundesrepublik Deutschland« ist die von ihr beherrschte »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA) der lautstärkste, aber auch wirksamste Partner, zumal nach ihrer Meinung zwischen »Friedenskampf« und »antifaschistischem Kampf« ein enger Zusammenhang besteht.

Der Mitgliederzuwachs auf Bundesebene von 12 000 auf 13 000 und von 130 auf 200 im Lande Schleswig-Holstein ist beachtlich. Dies zeigt, daß sie mit Ausstellungen, Filmvorführungenund Diskussionsveranstaltungen in ihrer "Antifaschismus-Kampagne" zahlreiche junge Menschen ansprechen konnte. Die Hälfte der Mitglieder in Schleswig-Holstein gehört zugleich der DKP an.

### 4. Dogmatische »Neue Linke«

Die Gruppierungen der dogmatischen »Neuen Linken« haben auch im vergangenen Jahr insgesamt einen weiteren Schwund an Mitgliedern und damit an politischem Einfluß hinnehmen müssen. Deswegen zeigten sie sich außerstande, eigenständige politische Aktionen durchzuführen: vielmehr waren sie bemüht, sowohl Bündnisse miteinander einzugehen als auch ihren verbliebenen Mitgliedern durch Mitarbeit in anderen, dem Linksextremismus gegenüber durchlässigen Gruppierungen ein neues politisches Betätigungsfeld zu schaffen. So haben die »Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD) und der »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK) ihre schon 1981 begonnene Zusammenarbeit weiter ausgebaut - etwa in dem Bemühen. zu den Bundes- und Landtagswahlen 1983 auf gemeinsamen Listen anzutreten. Der »Kommunistische Bund« (KB) und die 1979 abgespaltene »Gruppe Z« haben ihre Anstrengungen, in »Alternativen Listen« und bei den »Grünen« Einfluß zu gewinnen, verstärkt fortgesetzt. Dennoch konnten diese Gruppen ihrer selbstaewählten Rolle als Avantgarde der Arbeiterklasse nicht gerecht werden: Nach wie vor blieb die Resonanz des Proletariats, dessen Interessen zu vertreten sie behaupten, aus.

Trotz des Niedergangs dieser einst mit hohem revolutionärem Anspruch aus der außerparlamentarischen Opposition der ausgehenden sechziger Jahre hervorgegangenen Gruppen darf ihre noch vorhandene Anhängerschaft nicht "abgeschrieben" werden, denn die Erfahrungen haben gezeigt, daß der Zerfall linksextremistischer Gruppen nicht mit einer entsprechenden Schwächung des linksextremistischen Potentialsinsgesamt verbunden ist.

4.1 »Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD)

Anläßlich des Pressefestes zum 15jährigen Erscheinen ihres Zentralorgans »Roter Morgen« im September 1982 unterstrich der Bundesvorsitzende der KPD, Ernst AUST, die Notwendigkeit, ein »vereintes sozialistisches Deutschland« im Sinne des »vorbildlichen« albanischen Staates zu schaffen. Mit dieser Aussage zeigt die KPD, daß sie unverändert an ihrer politischen Zielvorstellung festhält, durch die »sozialistische Revolution« den bestehenden Staat zu beseitigen und die »Diktatur des Proletariats« zu errichten. Ausgehend von ihrem Selbstverständnis als »Partei der Arbeiterklasse unseres Landes« versucht die KPD, ihre nach wie vor nur geringe Resonanz in der Bevölkerung dadurch auszugleichen, daß sie sich in besonderem Maße der hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer annimmt. In einem Mitte des Jahres vorgelegten Entwurf eines Ausländerprogramms stellt sie heraus. daß es keine Unterschiede zwischen in- und ausländischen Arbeitnehmern gebe, da diese gemeinsam die »Front gegen das Kapital« bildeten.

Die Versuche, neue Mitglieder zu gewinnen, sind gescheitert. Allerdings hat sie ihre Mitgliederzahl von rund 500 halten können; dies gilt auch für Schleswig-Holstein, wo ihr Mitgliederbestand nach wie vor rund 100 Personen umfaßt.

Die seitens der KPD als besonders wichtig angesehene Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wird nach wie vor durch die 1978 hierzu von ihr gegründete »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« (RGO) wahrgenommen. Diese Organisation, der nicht nur KPD-Mitglieder angehören,

umfaßt auf Bundesebene rund 1300, in Schleswig-Holstein rund 110 Mitglieder. Wie in den vorangegangenen Jahren entfaltete sie in Schleswig-Holstein bei den Kieler Howaldtswerken besondere Aktivitäten, die sich nicht zuletzt durch die Herausgabe zahlreicher Ausgaben der "RGO-Nachrichten« und von Flugblättern, die zum Teil auch in türkischer Sprache abgefaßt werden, ausdrückten. Sie gewann bei dieser Werft 5 von 21 Betriebsratssitzen.

Die von der KPD zur Bundestagswahl 1980 gegründete »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« war dagegen auch im vergangenen Jahr relativ inaktiv.

### 4.2 »Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)

Der KBW war vom Verfall der K-Gruppen am härtesten betroffen. Von seinen Ende 1981 noch rund 900 Mitgliedern hat er im Laufe des Jahres fast die Hälfte verloren. Die deshalb von zahlreichen Mitgliedern erhobene Forderung nach Auflösung des KBW hat die Bundesleitung auf einer eigens hierzu einberufenen außerordentlichen Delegiertenkonferenz im Juni durch geschicktes Taktieren gerade noch einmal abblocken können. Die hartnäckigen Bemühungen der Bundesleitung um den Fortbestand der Partei dürften auf die Erwägung zurückzuführen sein, daß im Falle der Auflösung des KBW auch eine Entscheidung über das KBW-Vermögen zu treffen wäre, wodurch den Funktionären die Verfügungsgewalt über Anlagegüter in Höhe von ca. 5 Millionen DM entzogen würde. So können die Funktionäre die KBW-eigenen Unternehmungen zunehmend gewinnorientiert nutzen, indem Druckaufträge linker Verlage ausgeführt und Teile der Immobilien vermietet werden. Dabei wurden angesichts sinkender Verkaufszahlen und steigender Verluste bei der Herausgabe der KBW-Periodika »Kommunistische Volkszeitung« und »Kommunismus und Klassenkampf« die politischen Zielsetzungen den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten untergeordnet; im November setzte die Bundesleitung auf einer Delegiertenkonferenz durch, daß anstelle der bisherigen zwei Periodika ab Jahresbeginn 1983 nur noch eine Monatsschrift, die den Namen »Kommune -Forum für Politik und Ökonomie« tragen soll, erscheint. Damit hat die Bundesleitung den KBW ein gutes Stück auf dem Weg der Umwandlung von einer wirtschaftlich potenten linksextremistischen Partei zu einem linksextremistisch orientierten Wirtschaftsunternehmen vorangebracht.

In Schleswig-Holstein konnten funktionsfähige KBW-Strukturen am Jahresende nicht mehr festgestellt werden.

### 4.3 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

Obwohl der BWK seinen Mitgliederbestand – rund 500 auf Bundesebene – nahezu konstant halten konnte, war auch er für politische Aktionen im Alleingang zu schwach. Anders als der KBW hat er jedoch im Rahmen von Aktionsbündnissen, z. B. mit der KPD, durch Mitarbeit in linksextremistischen Initiativen und Komitees und nicht zuletzt auch durch seine Demonstrationsaufrufe zugunsten der von der »Marxistischen Gruppe« veranstalteten »Anti-Reagan-Demonstration« am 10. Juni in Bonn seinen politischen Aktions-

willen unter Beweis gestellt. Dabei ist er seinen aktuellen »Kampfzielen« treu geblieben. Seine Agitation richtet sich im wesentlichen gegen die Nato, die Ausländerpolitik der Bundesregierung sowie gegen Kernkraftanlagen.

In Schleswig-Holstein existiert der BWK mit insgesamt knapp 60 Mitgliedern in den beiden Bezirksverbänden Holstein und Flensburg/Westküste.

### 4.4 »Kommunistischer Bund« (KB), »Gruppe Z«

Auch der KB hat die Zerfallstendenz seiner Organisation nicht aufhalten können. Mit bundesweit kaum noch 500 Mitgliedern ist auch er zu eigenständigen politischen Aktivitäten nicht mehr in der Lage. Dennoch hält er zäh an seiner politischen Zielvorstellung - der Eroberung der politischen Macht durch die revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse-fest. weswegen er auch alle Anstrengununternimmt. seine Kampfund Agitationszeitschrift »Arbeiterkampf«, die nach wie vor im gesamten linksextremistischen Spektrum hohes Ansehen genießt, zu erhalten.

In Schleswig-Holstein gibt es nur noch wenige Einzelmitglieder, die nach Meinung eines KB-Funktionärs nicht einmal in der Lage sind, eine Flugblattaktion wirkungsvoll durchzuführen.

Mit knapp 150 Anhängern ist das KB-Spaltprodukt, die »Gruppe Z«, als Organisation kaum noch erwähnenswert; lediglich im Bereich der Hansestadt Hamburg gibt es intakte Organisationsstrukturen. In Schleswig-Holstein hat sich die »Gruppe Z« – eigenen Bekundungen zufolge – selbst aufgelöst. Es darf aber nicht verkannt werden, daß sich ihre Ange-

hörigen – ebenso wie in Hamburg – nicht ohne Erfolg bemüht haben, die Partei »Die Grünen« zu unterwandern. Diese Unterwanderung erfolgte in konsequenter Verfolgung des von Trotzki propagierten Prinzips des Entrismus: Solange eine Gruppe zu eigenen Aktivitäten zu schwach ist, muß sie versuchen, in andere Gruppen einzudringen, um dort Kräfte zu sammeln, um dann wieder selbständig handelnd hervortreten zu können.

#### 4.5 Neuformierungstendenzen

Der Niedergang der K-Gruppen führte zu verschiedenen neuen Formierungsversuchen seitens ausgetretener Mitglieder oder enttäuschter Anhänger – allerdings mit unter-

schiedlichem Erfola.

Die »Komitees für Demokratie und Sozialismus« (KDS) kamen aus dem Getto eines »Clubs ehemaliger KBW-ler« nicht heraus. Auch der »Initiative Sozialistische Politik« (ISP) gelang es nur vorübergehend, ein breites Spektrum von Undogmaten, Mitgliedern der »Gruppe Z« und der KDS sowie von anderen zu sammeln; gegenwärtig kann sich die ISP im wesentlichen nur auf Mitglieder der »Gruppe Z« stützen.

Ungeachtet dessen haben zahlreiche ehemalige, aber auch manche noch aktive Mitglieder von K-Gruppen in der grün-alternativen »Parlamentarismusarbeit« oder in der Mitarbeit in alternativen Initiativen eine neue politische Heimat gefunden.

Ob der Versuch des – in Schleswig-Holstein nicht vertretenen – »Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands« (KABD), durch die Gründung der »Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands« (MLPD) neue Anziehungskraft auszuüben, Erfolg haben wird, muß abgewartet werden; gegenwärtig hat die MLPD auf Bundesebene 900 Mitglieder.

Dagegen scheint die bis vor kurzem nur ein Schattendasein führende und die »reine Lehre des Marxismus« vertreten wollende »Marxistische Gruppe« zu einem Kristallisationspunkt von enttäuschten Anhängern und Sympathisanten der bisherigen K-Gruppen zu werden: innerhalb von zwei Jahren konnte sie ihren Mitgliederbestand auf 1000 verdoppeln. Ob es sich bei der »Marxistischen Gruppe« um eine »Ersatzorganisation« der bisherigen Gruppierungen der dogmatischen »Neuen Linken« handelt, muß iedoch angesichts ihrer ideologischen Profillosigkeit offen bleiben

In Schleswig-Holstein konnten Organisationsstrukturen weder der MLPD noch der »Marxistischen Gruppe« festgestellt werden.

## 5. Die Undogmatische »Neue Linke«

## 5.1 Begriff und Struktur

In immer stärkerem Maße hat die undogmatische »Neue Linke« seit Beginn des Verfalls der K-Gruppen innerhalb der »Neuen Linken« die Rolle der dominierenden Kraft des »Widerstandes und Kampfes gegen den Staat« übernommen. Diesem Sammelsurium unterschiedlichster Gruppierungen, die durchweg sozialrevolutionäre Konzeptionen oder anarchistische Bestrebungen verfolgen, ist im wesentlichen nur die Ablehnung der marxistisch-leninistischen Lehre als Dogma und Modell gemeinsam, weswegen sie als »Undogmaten« bezeichnet werden.

Dem entspricht, daß sich Undogmaten scheuen, sich in festen Organisationsstrukturen zu binden. Sie bevorzugen Kleingruppen mit wechselnder Zusammensetzung, wobei häufig mehreren Gruppen man gleichzeitig angehört. Oft bestehen diese Gruppen nur kurze Zeit, etwa für die Vorbereitung und Durchführung einer bestimmten Aktion. Von Mitgliedschaften in einem »bürgerlichen« Sinne kann hierbei nicht gesprochen werden; vielmehr stellen die Gruppierungen der Undogmaten lockere Beteiligungsformen dar, die einen weitgehend offenen Zugang für iedermann mit dem entsprechenden »Szenen-Habitus«ermöglichen.Häufig bezeichnen sich diese Gruppe als »alternativ« oder »autonom«, grundsätzlich ist jedoch Phantasie Trumpf, so daß sich die undogmatische Szenerie ein äußerst schillerndes Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit verleiht.

Nicht ohne Stolz sagen die Undogmaten von sich selbst, daß ihre Stärke ihre »Unfaßbarkeit« sei.

Zahlenmäßig läßt sich diese ständig in Bewegung befindliche Undogmaten-Szene nicht exakt erfassen. Trotz häufig wechselnder Gruppierungen und erheblicher Fluktuation hat sich gezeigt, daß ein bestimmter Personenkreis immer wieder in diesen Gruppen auftaucht, so daß die Zahl der Anhänger von Bestrebungen der undogmatischen »Neuen Linken « in Schleswig-Holstein auf 300 geschätzt werden kann. Auf Bundesebene wird diese Zahl auf 3700 geschätzt, wobei allerdings nur die Anhänger überregionaler Organisationen berücksichtigt wurden; die tatsächliche Anhängerzahl und das Mobilisierungspotential sind wesentlich höher.

Eine Sonderstellung nimmt das »Sozialistische Büro« (SB) ein. Es versteht sich selbst als Forum der Diskussion und Entwicklungsozialrevolutionärer Theorien und Praktiken zur Überwindung der »bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft«. Trotz dieses anspruchsvollen Selbstverständnisses ist es dem SB nicht gelungen, sich zum ideologischen Vorreiter undogmatischer Bestrebungen zu machen.

In Schleswig-Holstein verfügt das SB lediglich über einige Kontaktadressen.

#### 5.2 Strategien und Zielvorstellung

In Zielsetzung und Strategie besteht zwischen den Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung, die sich durchweg die Bezeichnung »Autonome« zugelegt haben, und »Alternativen«, die sozial-revolutionäre Vorstellungen verwirklichen wollen, ein prägnanter Unterschied, wobei die Grenzen manchmal verschwimmen. Unberücksichtigt bleiben hierbei unpolitische »Aussteiger« und Anhänger bloßer alternativer Lebensformen.

Die »Autonomen« lehnen prinzipiell jeglichen Staat ab; sie streben deshalb auch die Zerschlagung dieses Staates und aller gegenwärtigen »Machtstrukturen« an. Konsequenterweise verweigern sie auch den Dialog mit dem Staat.

Demgegenüber gehen die »Alternativen« davon aus, daß eine Veränderung des Staates und der Gesellschaft nur im Konsens mit breiten Bevölkerungsschichten möglich ist. Ihnen geht es nach einem Artikel in »Moderne Zeiten« (Heft 7/8/1982) darum, »radikal-reformistische« Konzepte zu entwickeln, die auf die Auflö-

sung des derzeit bestehenden Grundkonsenses zwischen den
"Herrschenden« und den "Massen«
gerichtet sind und gleichzeitig den
"Massen« eine Brücke bauen sollen,
über die diese zu gehen bereit und in
der Lage sind. Sie lehnen deshalb
den "blinden Aktionismus« und die
"unreflektierte Militanz« weiter Teile
der Autonomenbewegung ab. Vielmehr benutzen sie durch Beteiligung an "Grünen« oder "Grün-Alternativen« Wahllisten das Parlament
als Podium.

Allen Gruppen der undogmatischen »Neuen Linken« fehlt ungeachtet der Gemeinsamkeiten in der 
Negation ein ideologisches Ziel. 
Trotz jahrelanger und breiter Diskussionen bleibt bei allen das angestrebte nachrevolutionäre »Utopia« konturenlos. Dies ist letztlich eine »undogmatische Konsequenz«, die Undogmaten selbst wie folgt erklären:

»Man muß sich darüber im klaren sein, daß ein Revolutionär nicht bereits vor der Revolution den Zustand nach der Revolution konkret beschreiben kann. Auch die Entdecker neuer Erdteile sind auf Entdeckungsfahrt gegangen, ohne bereits vorher ein Foto des zu entdekkenden Terrains zu besitzen.«

## 5.3 Undogmaten und Gewalt

Die unterschiedlichen Konzepte der »Autonomen« und der »Alternativen« spiegeln sich auch in der Diskussion über die Legitimität und Opportunität der Gewalt.

Ausgehend von dem behaupteten Anspruch, Gewalt gegen den Staat ausüben zu dürfen, orientieren sich manche Gruppen der »Autonomen« zunehmend am Vorbild der »Revolutionären Zellen«; mitunter vertreten sie auch Teile der anti-imperialistischen Ideologie der »Roten Armee Fraktion« (RAF). So schrieb eine »Autonome Gruppe Kiel« in der »Kieler Stattzeitung« (Nr. 4 – Dezember 1982):

»Wir als Autonome kämpfen hier in den Metropolen gegen Kriegsvorbereitung, Faschisierung, Zersetzung der sozialen Strukturen und vieles andere mehr... Nichts scheint uns daher gegenwärtig wichtiger in den Metropolen als der gegen den Imperialismus gerichtete Aufbau einer Front im Zusammenhang mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, den sozialistischen Staaten und der Guerilla in den Metropolen.«

Gewalt gegen den Staat wird als Notwehr gegen die »vom Staat ausgehende strukturelle Gewalt« gerechtfertigt. In einem Flugblatt einer autonomen »Bürgerinitiative« in Neumünster heißt es hierzu:

»...sind wir aber auch nicht bereit, uns unsere Widerstandsformen von denjenigen vorschreiben oder bestimmen zu lassen, die mit ihrer Politik die Vernichtung von Menschenleben und Schädigung des Menschen in Kauf nehmen und planen, um ihre Profit- und Machtinteressen durchzusetzen."

Dagegen läßt sich die Haltung der »Alternativen« zur Gewalt aus einem Flugblatt der »Alternativen Liste Neumünster« entnehmen, in dem es heißt:

»Bei fast jeder Deomonstration, Kundgebung und so fort, gibt es einen harten Kern, der oft nur noch in der direkten Gewaltkonfrontation eine Lösung sieht...

Laßt uns aus dieser Sackgasse aussteigen!

Laßt es heute nicht zu, daß ihr Mas-

senhintergrund, Kulisse für Desperado-Trupps seid! Laßt uns fantasievollere, sinnvollere und gegenüber der Bevölkerung, die nicht zur aktiven Szenegehört, vermittelbare Formen des Widerstandes . . . entwickeln.«

Dies entspricht auch der Auffassung der »Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen« (Herausgeber der »graswurzelrevolution«), die eine Widerstandskonzeption vertritt, die sie selbst als gewaltfrei bezeichnet. Allerdings bagatellisiert sie Rechtsbrüche wie Hausbesetzungen, Straßenblockaden, Stromboykotte, Totalverweigerung von Wehr- und Ersatzdienst als bloße »Regelverstöße«, die aufgrund des vorangegangenen Unrechts des Staates gerechtfertigt seien. »Autonome« haben diese Haltung auf folgende kurze Formel gebracht:

»Ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen gewaltfreien und militanten Gruppen besteht nicht, solange nicht gewaltfrei gesagt, aber legal aemeint wird."

(»die tageszeitung« vom 9. November 1982)

#### 5.4 Die Aktionsfelder der undogmatischen » Neuen Linken«

## 5.4.1 Hausbesetzungen

Der »Häuserkampf« scheint abgeebbt zu sein. Nur noch vereinzelt ist es zu neuen Hausbesetzungen gekommen, die jedoch nicht mehr die Brisanz der Aktionen des Jahres 1981 hatten, als es allein in Schleswig-Holstein zu 28 Besetzungen kam; dem entspricht eine veränderte Haltung vieler früherer Hausbesetzer zum »Häuserkampf«. Die »Kieler Stattzei-

tung« als Sprachrohr der Kieler Hausbesetzer beklagte, daß immer weniger Hausbesetzer das Leben in den Häusern als »konkreten täglichen Widerstand« begreifen. Besetzer »mit politischem Anspruch« ständen Besetzern, die »lediglich« wohnen wollten, gegenüber.

Vor diesem Hintergrund eskalierte die Radikalität der »Politischen«. Solidarität mit der RAF, die früher selbst bei »Autonomen« als isoliert galt. zeichnet sich ab. Schriften des RAF-Spektrums werden mit durchaus positivem Ergebnis diskutiert. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den Hausbesetzern in Neumünster. Diese forderten in einem Flugblatt, »dieses System abzuschaffen« und »Freiheit für alle politischen Gefangenen«, womit sie eine RAF-Parole aufgriffen: darüber hinaus bekannten sie sich zu allen »sinnvollen« Widerstandsformen, zu denen sie auch Sabotagehandlungen rechnen.

## 5.4.2 Anti-Kernkraft-Bewegung

Für die undogmatische »Neue Linke«, die bislang bei allen Demonstrationen gegen Kernkraftanlagen den harten Kern gewalttätiger Gruppen bildete, scheint das Thema »Großdemonstrationen« ausgereizt zu sein. Wie schon von der Großdemonstration in Brokdorf 1981 fühlten sie sich vom Ablauf von den zur »Herbstoffensive« hochstilisierten Demonstrationen in Gorleben. Kalkar und am »Schacht Konrad« frustriert. Typisch hierfür ist die Äußerung eines Mitgliedes der »Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Itzehoe - Bewegung weiße Rose« im Anschluß an die Kalkar-Demonstration:

»Statt dessen konnte nun beobachtet werden, wie sich die allergrößte

Spaltung vollzog, die ein Haufen, der sich Bewegung nennen will. sich selbst überhaupt je antun kann. Statt die Leute, die da vorn direkten und aktiven Widerstand leisteten, zu unterstützen, gingen fast alle ans hintere Ende der großen Wiese, um dort ihre Musikinstrumente auszupacken, Ich hätte mir keine schönere Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung denken können . . . Von hinten wurden wir in Sprechchören und über Lautsprecher aufgefordert, die Gewalttaten zu unterlassen, damit die friedlichen Demonstranten auch friedlich demonstrieren können.« (»die tageszeitung« vom 11. Oktober 1982)

Ausgesprochen militante autonome Gruppen haben deshalb ihre Aktivitäten auf die Durchführung einer Vielzahl von Anschlägen und Sabotageaktionen gegen die Betreiber von Kernkraftwerken und deren Zulieferfirmen konzentriert; zu dem Brandanschlag auf zwei Wasserwerfer der Landespolizei in Lübeck wurden Bekennerschreiben zweier solcher Gruppen bekannt.

Ähnliche Qualitäten hatten Solidaritätsaktionen für Michael DUFFKE und Markus MOHR (wegen gefährlicher Körperverletzung vom Landgericht Itzehoe am 13. Mai 1982 zu Freiheitsstrafen von 5 Jahren und 6 Monaten bzw. von 3 Jahren ohne Bewährung verurteilt); mit einem entsprechenden Flugblatt wollte man »die Wut über diesen Staat und die Solidarität mit den beiden Angeklagten zum Ausdruck bringen«.

Am 21. November 1982 kam es bei einer Anschlußdemonstration nach einem DUFFKE-Solidaritätskonzertin Neumünster zu gewalttätigen Ausschreitungen.

#### 5.4.3 »Friedensarbeit«

Die »Neue Linke« sieht ihre eigene »Friedensarbeit« durch die Dominanz der orthodoxen Kommunisten beeinträchtigt. Die von diesen beeinflußten Friedensinitiativen hätten es bisher allein schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Übermacht bei mehreren überregionalen Treffen immer verstanden, die Friedensbewegung auf den Minimalkonsens der Bekämpfung des Nato-Doppelbeschlusses zu reduzieren. Aber auch innerhalb der undogmatischen Szene selbst gibt es in den »Friedenszielen« keinen gemeinsamen Nenner. Während die »Anti-Imperialisten« lediglich die USA und die Nato als mögliche »Angreifer« und »Kriegstreiber« bezeichnen, plädieren andere Gruppen für eine Abrüstung in West und Ost. Auch nicht auf dem »Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen« (BAF) vom 19. bis 21. März 1982 in Osnabrück konnte Einigkeit erzielt werden, da sich die Mehrheit weigerte, die RAF als militärischen Arm der Friedensbewegung anzuerkennen.

Zu eigenständigen massenwirksamen Friedensaktionen der undogmatischen »Neuen Linken« konnte es deswegen nicht kommen. Vielmehr beschränkten sich ihre Anhänger auf Schmierereien antiimperialistischer Parolen und auf Stör- und Sabotageaktionen, z. B. im Rahmen der letzten Nato-Herbstmanöver.

Auch in Schleswig-Holstein beschränkte sich die »Friedensarbeit« der Gruppen der undogmatischen »Neuen Linken« auf die Mitarbeit in Friedensinitiativen sowie die Teilnahme an den Demonstrationen aus Anlaß der Militärelektronik-Messe »IDEE« in Hannover vom 18. bis 20 Mai 1982 und des Besuches von US Präsident REAGAN am 11. Juni 1982

in Berlin und auf gelegentliche Störund Schmieraktionen.

## Linksextremistischer Terrorismus und sein Umfeld

Die »Rote Armee Fraktion« (RAF) ist durch die Festnahme führender Mitglieder sowie die Aushebung zahlreicher Waffen- und Materialdepots erheblich geschwächt worden. Am 11. 11. 1982 wurden in einem Waldgebiet in der Nähe Frankfurts die mit Haftbefehl gesuchten RAF-Aktivisten Adelheid SCHULZ und Brigitte MOHN-HAUPT festgenommen. Beide waren auf dem Weg zu einem der zahlreichen über das Bundesgebiet zerstreut angelegten Depots. Am 16. 11. 1982 wurde der langjährig gesuchte Christian KLAR im Sachsenwald von der Polizei verhaftet, als er sich einem dort angelegten Depot näherte.

In den Depots waren zahlreiche Schußwaffen, Munition und Sprengstoff, Personaldokumente, Kraftfahrzeugpapiere und -kennzeichen, diverse Unterlagen und Geld, das zum Teil aus einem im September 1982 in Bochum begangenen Bankraub stammte, gelagert.

Diese Funde zeigen, mit welchem Fanatismus und welcher Energie die RAF ihre Ziele weiterverfolgt und Anschläge vorbereitet; zugleich wird aber auch deutlich, welch schwerwiegender Schlag gegen die Logistik dieser Terroristen geführt werden konnte. Die Festnahmen bedeuten jedoch nicht das Ende der RAF, zumal sich noch immer rund 20 dem Kern zuzurechnende und mit Haftbefehl gesuchte RAF-Anhänger in Freiheit befinden. Deswegen können weitere Terroraktionen der RAF nicht ausgeschlossen werden.

Mit ihrer Agitationsarbeit versuchte die RAF ihre seit langem bestehende Isolation zu überwinden. Offensichtlich baut sie dabei auf das militante Potential der undogmatischen »Neuen Linken«. Sie hofft, diese »Fundamentalopposition« den Staat für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu gewinnen. In einem vom Mai 1982 datierten, 20 Seiten umfassenden, u. a. auch in Kiel verbreiteten Grundsatzpapier bekräftigt sie, daß es ihr darauf ankomme, »Guerilla, militante und politische Kämpfer« in einer »zu entfaltenden Metropolenstrategie« zusammenzuführen. Im Mittelpunkt der Aussagen stehen strategische Überlegungen zur Bildung einer »antiimperialistischen Front«. In diesem Zusammenhang wurde die gegenseitige Ergänzung von »militärischen Angriffen« (der Illegalen), »einheitlich koordinierten militanten Projekten« (aus »legal«verankerten Unterstützerkreisen) und »politischen Initiativen zur Vermittlung der Politik« (Agitationsarbeit) gefordert.

Die auch dem Kernbereich des Terrorismus zuzurechnenden »Revolutionären Zellen« (RZ) haben ihre Aktivitäten gesteigert; sie haben sich zu 38 Sprengstoff- und Brandanschlägen im Jahre 1982 bekannt (1981 = 21). In diesen Bekennerschreiben kommt immer wieder ihre auf Breitenwirkung angelegte Strategie zum Ausdruck. Die RZ propagieren die »Nachmachbarkeit« von Aktionen; dabei kommt es ihnen nicht so sehr auf das technische Niveau der Aktionen, sondern auf deren politische Wirksamkeit an. Ziel dieses auf Massenwirksamkeit ausgerichteten Konzeptes ist nach eigenen Bekundungen » . . . die Verbreiterung des bewaffneten Kampfes durch autonome Gruppen«. Sie fordern eine »populäre Guerilla«, eine »Gegenmacht in kleinen Kernen«. Mit dieser Konzeption stellen sie zumindst eine ebenso große Gefahr dar wie die RAF, auch wenn sich die Anschläge in der Zielsetzung von denen der RAF unterscheiden.

In der Absicht, gewaltbereites Protestpotential für die von ihnen angestrebte »Verbreiterung des bewaffneten Widerstandes « zu gewinnen, konzentrierten sie angesichts einer in weiten Bereichen der extremistischen Linken anzutreffenden antiamerikanischen Grundstimmung ihre Anschläge gegen militärische und zivile Einrichtungen der USA in der Bundesrepublik Deutschland, Sie übernahmen die Verantwortung für eine Serie von neun Anschlägen anläßlich des Besuchs des Präsidenten der USA im Verlauf des Nato-Gipfeltreffens im Juni 1982. Die gleichzeitig geäußerte Hoffnung auf »einen hoffentlich sehr lautstarken, ereignisreichen und unvergeßlichen Empfang« beweist ihre Absicht, auch auf Demonstrationen Einfluß zu nehmen und diese anzuheizen.

Weitere Aktivitäten zielten gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens sowie gegen den Bau bzw. Betrieb von Kernenergieanlagen. Im Zusammenhang mit Anschlägen auf Firmen, die am Ausbau des Frankfurter Flughafens beteiligt waren, forderten sie die »Vermassung von Widerstand/Sabotage«, und zwar »durch praktische Demonstration, daß Widerstand möglich und für jeden in einer Form machbar ist«. Auch hier wird der Versuch einer inspirierenden Einflußnahme erkennbar.

Die Vielzahl der ohne Bekennung gebliebenen Anschläge läßt den Schluß zu, daß die terroristischen

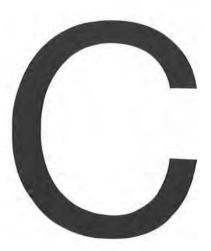
»Vorbilder« zahlreiche Nachahmer gefunden haben. Eine sich seit 1981 als »Guerilla diffusa« bezeichnende Szene propagiert die Bildung kleiner. namenloser Gruppen, deren Aktivisten »legal« auftreten und »ganz heimlich und abgeschlossen die Verantwortung, Planung und Durchführung eines Anschlages übernehmen«. Kennzeichnend für diese sind die Ablehnung fester Organisationsstrukturen und jeglicher Theorien. Man setzt statt dessen »Phantasie und Tatkraft« an die erste Stelle und will sich aus »Stimmungsbildern« heraus motivieren.

Etliche in Schleswig-Holstein begangene Anschläge können solchen Kleinstgruppen zugerechnet werden. So wurde

- in Kiel ein zu Abbrucharbeiten eingesetzter Bagger in Brand gesetzt mit der Begründung, Mieter seien vertrieben worden,
- in Geesthacht auf die Commerzbank mit der Forderung nach Freilassung inhaftierter Gewalttäter aus der Anti-Kernkraft-Bewegung ein Brandanschlag versucht,
- in Lübeck ein Brandanschlag auf zwei Wasserwerfer der Landespolizei verübt (Schaden: 800 000 DM);
   zu diesem Anschlag bekannten sich sowohl militante Kernkraftgegner als auch »ein autonomes Rhizom«.
- in Pinneberg auf das Amtsgericht ein Brandanschlag verübt, wobei die Täter auf den Jahrestag der angeblichen Ermordung der RAF-Angehörigen Baader, Ensslin und Raspe am 18. Oktober 1977 hinwiesen.

Weitere in Schleswig-Holstein begangene Sprengstoff-, Brand- und Sabotageanschläge konnten bestimmten linksextremistischen Gruppierungen nicht zugeordnet werden.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern in Schleswig-Holstein 1982



## C. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

## Ausländer in Schleswig-Holstein (Zahlenübersicht)

Von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden rund 4,7 Millionen Ausländern (ca. 7,5 Prozent der Bevölkerung) wohnen rund 95 000 in Schleswig-Holstein (ca. 4 Prozent der Bevölkerung). Die Städte Kiel und Lübeck verzeichnen mit jeweils 15 000 Ausländern den höchsten Ausländeranteil (ca. 6 bzw. 7 Prozent der Bevölkerung) in Schleswig-Holstein.

Die in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer kommen aus insgesamt 135 Staaten; die größten Bevölkerungsgruppen bilden

39 000 Türken,

6 000 Jugoslawen

4 000 Italiener,

3 000 Spanier,

3 000 Griechen,

2 500 Portugiesen,

2000 Araber,

1 000 Iraner.

## 2. Internationaler Terrorismus

Die Reihe politisch motivierter Terror- und Gewaltakte von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland setzte sich im vergangenen Jahr fort; nach langer Zeit kam es wieder zu Anschlägen vermutlich palästinensischer Kommandos:

 Im Januar wurde bei einem Sprengstoffanschlag auf ein israe-

- lisches Lokal in Berlin ein Kind getötet.
- Im Juli wurden bei einem Sprengstoffanschlag im Flughafen München-Riem sieben Personen verletzt und erheblicher Sachschaden angerichtet.
- Im September wurden Bombenanschläge auf drei Frankfurter Reisebüros, die Reisen nach Israel in ihrem Programm hatten, verübt; ein deutscher Passant wurde getötet.

In verschiedenen Fällen konnten vorbereitete Anschläge verhindert werden.

## Politischer Ausländerextremismus

Der weitaus überwiegende Teil der Ausländer verhält sich nach wie vor gesetzestreu und loval. Auch die Mitglieder und Anhänger extremistischer Ausländerorganisationen identifizieren sich nicht immer mit deren Zielen, insbesondere unterstützen sie nicht extremistische Aktivitäten der Funktionäre. Vielmehr sucht ein großer Teil dieser Ausländer in solchen Organisationen gesellschaftlichen Anschluß an Landsleute, Unterstützung bei der Lösung persönlicher Probleme und Pflege heimatlichen Brauchtums. Darüber hinaus muß bei der Beurteilung des politischen Extremismus unter Ausländern berücksichtigt werden, daß die an der Verfassungsordnung und den politischen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland orientierten Be-»Rechtsextremismus« ariffe »Linksextremismus« nur bedingt zur Charakterisierung extremistischer Bestrebungen von Ausländern geeignet sind.

Gegenstand sowohl der Agitation

als auch der sonstigen politischen Aktivitäten ausländischer Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland waren lange Zeit fast ausschließlich die von diesen als unbefriedigend empfundenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihren Heimatländern. Zunehmend werden in die Agitation aber auch Themen aufgenommen, die Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland betreffen:

- steigende Arbeitslosigkeit von Ausländern,
- vermeintlich zunehmende Ausländerfeindlichkeit der deutschen Bevölkerung,
- Ausländerpolitik auf dem Gebiet des Asylrechts und des Nachzugs von Familienangehörigen,
- militärische und wirtschaftliche Unterstützung des Nato-Verbündeten Türkei.

Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund 122 100 Mitalieder extremistischer Ausländerorganisationen gezählt (1981: 110 000), das sind 2,6 Prozent aller in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer; hiervon gehören 89 300 linksextremistischen. 32 800 rechtsextremistischen Gruppierungen an. In Schleswig-Holstein ist der Anteil der Extremisten unter den ausländischen Mitbürgern mit 0.9 Prozent deutlich geringer als in den übrigen Teilen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Aktivitäten, insbesondere politisch motivierte Gewalttaten, haben im vergangenen Jahr deutlich abgenommen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Ausländern, konsequente Maßnahmen von Ausländerbehörden wie auch eine gewisse

Stabilisierung der politischen Verhältnisse in der Türkei mögen hierzu beigetragen haben.

#### 3.1 Türken

Unter den extremistischen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland stellen die Türken mit 52 100 den größten Anteil. Hiervon gehören 25 100 linksextremistischen und 27 000 rechtsextremistischen Organisationen an.

In Schleswig-Holstein haben extremistische türkische Organisationen nach wie vor rund 700 Mitglieder, wovon 400 in rechtsextremistischen und 300 in linksextremistischen Gruppierungen organisiert sind.

#### 3.1.1 Türkische Rechtsextremisten

An rechtsextremistischen Organisationen gibt es in Schleswig-Holstein die drei »Türkischen Gemeinschaften« in Kiel, Lübeck und Neumünster, die der extrem-nationalistischen »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa« (ADÜTDF) angeschlossen sind, und drei Zweigstellen der orthodox-islamischen »Türkischen Union Europa« in Kiel, Lübeck und Neumünster.

Während die ADÜTDF das Gedankengut der in der Türkei verbotenen türkischen »Partei der Nationalen Bewegung« (MHP) – Vorsitzender: TÜRKES – verbreitet, ist die »Türkische Union Europa« von der politischen Vorstellung der in der Türkei ebenfalls verbotenen »Nationalen Heilspartei« (MSP) – Vorsitzender: ERBAKAN-geprägt.

#### 3.1.2 Türkische Linksextremisten

Als linksextremistische Organisa-

tionen der Türken in Schleswig-Holstein sind bekannt:

 Der »Solidaritätsverein der türkichen Arbeiter in Lübeck«, ein Mitgliedsverein der orthodox-kommunistisch beeinflußten »Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.« (FIDEF),

 drei »Arbeitervereine« in Kiel, Flensburg und Neumünster, die der »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.«

(ATIF) angehören,

 ein türkischer Studentenverein in Kiel, der der »Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V.«

(ATÖF) zuzurechnen ist.

Während die FIDEF von der in Ost-Berlin ansässigen moskautreuen »Türkischen Kommunistischen Partei« (TKP) angeleitet wird, werden ATIF und ATÖF von der pro-albanisch orientierten »Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/ML) beeinflußt, die in der Türkei konspirativ tätig ist.

Zwischen deutschen und türkischen linksextremistischen Organisationen bestehen zunehmend enger werdende Verbindungen, die vor allem in gegenseitiger Unterstützung bei Demonstrationen und in der Agi-

tation erkennbar werden.

#### 3.1.3 Politische Aktivitäten

Zunehmend beschränken sich die politischen Aktivitäten extremistischer Türken auf die Durchführung interner Veranstaltungen und Kundgebungen sowie auf die Verteilung von Informationsmaterial zu aktuellen Ereignissen. An öffenlichkeitswirksamen Aktivitäten sind hervorzuheben:

- Folkloreveranstaltung der »Türki-

schen Gemeinschaften« aus Neumünster, Kiel, Lübeck und Hamburg in Nortorf am 27. März mit 300 Teilnehmern, gegen die 300 deutsche und türkische Linksextremisten in Neumünster demonstrierten.

 Hungerstreik linksextremistischer Türken gegen die türkische Militärregierung vom 28. Mai bis 19. Juni, darunter auch in Lübeck und

Flensburg,

Demonstration von 20 000 türkischen und deutschen Linksextremisten am 11. September in Frankfurt/M. aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Machtübernahme durch die Militärregierung in der Türkei, an der 40 Personen aus Flensburg und Kiel teilnahmen.

#### 3.2 Iraner

Von den 32 250 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Iranern sind 2650 Mitglieder oder Anhänger extremistischerOrganisationen; hiervon wohnen 80, überwiegend Studenten, in Schleswig-Holstein. Ungeachtet ihrer sonstigen ideologischen Postitionen verstehen sie sich selbst als Anhänger oder Gegner des derzeitigen Khomeini-Regimes im Iran.

Zu den Organisationen, deren Mitglieder in unterschiedlicher Intensität das Khomeini-Regime unterstützen, zählen

- "Union Islamischer Studentenvereine in Europa« (UISA), eine islamisch-fundamentalistisch orientierte Vereinigung,
- »TUDEH-Partei«, orthodox-kommunistisch,
- »Volksfedayin« (Mehrheit), orthodox-kommunistische Prägung.

In Schleswig-Holstein sind diese

Organisationen auf Orts- oder Landesebene bislang nicht in Erscheinung getreten.

Zuden Khomeini-Gegnerngehören

- »Volksmojahedin«, islamische Fundamentalisten mit marxistischer Prägung, in der Bundesrepublik Deutschland in den »Moslemischen Studentenvereinigungen (M.S.V.) West Germany – Sympathisanten der Organisation der Volksmojahedin Iran« zusammengeschlossen,
- »Peykar« (Kampf), marxistisch-leninistisch, in der Bundesrepublik Deutschland als »Union Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (1980 in Kiel gegründet) auftretend,
- »Volksfedayin« (Minderheit), marxistisch-leninistisch.

Auch diese Organisationen sind in Schleswig-Holstein nicht vertreten.

Anhänger anderer Organisationen, die das Khomeini-Regime ablehnen, insbesondere aus der Gruppe der Monarchisten (Schah-Anhänger), treten in Schleswig-Holstein kaum in Erscheinung.

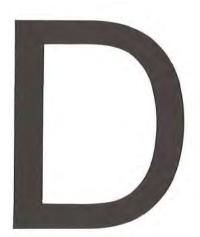
Die unterschiedliche Haltung zum Khomeini-Regime prägte auch die Aktivitäten extremistischer Iraner, So kam es zu zahlreichen Schlägereien an Universitäten zwischen rivalisierenden Iranern. Höhepunkt war der Vorfall am 24. April im Mainz, als rund 80 Khomeini-Anhänger ein Studentenwohnheim überfielen und zahlreiche Khomeini-Gegner zusammenschlugen. In Schleswig-Holstein kam es am 6. Januar an der Universität Kiel zu einem zweieinhalbtägigen Hungerstreik von Khomeini-Anhängern, die damit die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machen wollten.

#### 3.3 Sonstige Nationalitäten

Von anderen Nationalitäten sind im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein nur folgende extremistische Bestrebungen bekanntgeworden:

- Die »Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (GUAS) mit einer Zweigstelle in Kiel,
- der »Palästinensische Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (PSV) mit einer Zweigstelle in Kiel,
- drei »Gemeinden der Griechen« in Flensburg, Pinneberg und Lübeck (orthodox-kommunistisch),
- »Generalunion der Afghanen und afghanischen Studenten e. V.« (GUAfS) (Gruppe der »Neuen Linken« mit nationalistischen Tendenzen).

# Spionageabwehr in Schleswig-Holstein 1982



## D. Spionageabwehr

## 1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland als hochindustrialisiertes Land und Nahtstelle zwischen West und Ost war auch im Jahr 1982 bevorzugtes Ziel der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten; hiervon war kein Bereich des staatlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ausgenommen. Die Ausspähungen gingen erneut über die Erkundung von Staatsgeheimnissen weit hinaus und umfaßten alle erreichbaren Informationen zu Sachverhalten und Personen auf den Gebieten Politik und Verwaltung, Wissenschaft/Technik und Wirtschaft sowie der Landesverteidigung.

Hauptträger der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten
Spionage waren wie bisher die Nachrichtendienste der DDR, nämlich das
Ministerium für Staatssicherheit
(MfS) mit seiner Hauptverwaltung
Aufklärung (HVA) und der Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee.
Rd. 70 % der Werbungen und Werbungsversuche zur Spionage, die insgesamt leicht angestiegen sind, gingen auf ihr Konto. Dahinter rangieren
die Nachrichtendienste Polens, der
Tschechoslowakei und Rumäniens.

Die Zahl der erkannten, von Ostblock-Nachrichtendiensten erteilten Aufträge ist leicht zurückgegangen. Rechtskräftig verurteilt wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit oder sicherheitsgefährdenden Nachrichtendienstes wurden im vergangenen Jahr insgesamt 25 Personen.

## Ostblock-Spionage in Schleswig-Holstein

#### 2.1 Umfang

Der Umfang der erkannten geheimdienstlichen Aktivitäten (Werbungen, Werbungsversuche, Ansprachen und sonstige nachrichtendienstliche Tätigkeiten) im Lande Schleswig-Holstein ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen.

In rd. 90 % der Fälle waren Nachrichtendienste der DDR tätig. Von der Auftragsrichtung her gesehen betraf jeder dritte Fall die Bereiche Politik und Verwaltung sowie den Bereich Wissenschaft/Technik und Wirtschaft, jeder zehnte den Bereich Landesverteidigung.

Die Zahl der von der schleswig-holsteinischen Spionageabwehr aufgedeckten Spionagefälle hat sich erheblich erhöht.

#### 2.2 Festnahmen und Verurteilungen

Von den aufgedeckten Spionagefällen wurden vier durch Festnahmen beendet; sie betrafen nach Schleswig-Holstein eingereiste Mitarbeiter der Nachrichtendienste der DDR; bisher wurde einer von ihnen rechtskräftig zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein weiteres Urteil wegen Landesverrats erging gegen einen Bürger Schleswig-Holsteins.

## 3. Wissenschaftler im Netz der Spionage

## 3.1 Allgemeines

Nach Aussage des Mitgliedes des Politbüros der SED, Günter MITTAG (»Einheit« 11/79), die auch für die Verhältnisse in den anderen Ländern des Ostblocks zutreffen dürfte, bleiben die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Technik in der DDR hinter der internationalen Entwicklung zurück; manchmal würden sie nicht einmal dem gerecht, was international bereits seit Jahren Gemeingut darstelle. Ursächlich hierfür ist vor allem die gegenüber der technischen Nutzanwendung weitgehend vernachlässigte Grundlagenforschung.

Deswegen haben in den vergangenen Jahren alle Ostblockstaaten ihre Spionage auf dem Gebiet Wissenschaft und Technik erheblich verstärkt. Die HVA des MfS wurde umstrukturiert: nahezu ein Viertel der Mitarbeiter der HVA ist nunmehr mit Spionage auf dem Gebiet Wissenschaft/Technik und Wirtschaft befaßt und steuert ein Heer von Wissenschaftlern und Technikern in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, Derwirtschaftliche Nutzen, den der Ostblock Jahr für Jahr aus dieser Spionage gegen den Westen zieht, ist beträchtlich.

Die Möglichkeiten der Ostblockstaaten und ihrer Nachrichtendienste, das fehlende Wissen auf wissenschaftlich-technischem oder wirtschaftlichem Gebiet aus dem Westen zu beschaffen, sind vielfältig. Ein großer Teil des benötigten Wissens wird bereits allein durch wissenschaftliche oder wirtschaftliche Zusammenarbeit entsprechender Einrichtungen in Ost und West beschafft, ohne daß hierfür Nachrichtendienste eingeschaltet sind. Ein weiterer Teil der benötigten Erkenntnisse wird durch die Auswertung oferscheinender Publikationen westlicher Industrienationen (Tageszeitungen, Fachzeitschriften, Magazine, Prospekte, Ausschreibungsunterlagen pp.) erarbeitet.

Daneben werden bei jeder geeigneten Gelegenheit, z. B. auf Fachkongressen, bei Messen, im Wege des Erfahrungsaustausches oder durch Briefwechsel gutgläubige oder gleichgültige Wissenschaftler aus dem Westen »abgeschöpft«.

Bei den Bemühungen, den noch vorhandenen Vorsprung des Westens auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet aufzuholen, kommt jedoch der Spionage nach wie vor eine entscheidende Bedeutung zu.

Diese bereits seit Jahren zu beobachtenden Bemühungen des Ostblocks werden dadurch erleichtert,
daß bei vielen Wissenschaftlern und
Firmen des Westens der wissenschaftlich-wirtschaftliche und damit
auch politische Wert der eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeit für
den Osten nicht oder nicht voll erkannt wird.

#### 3.2 Verwendung von Wissenschaftlern durch das MfS in der DDR

Um seinem Auftrag, jederzeit auch auf dem Gebiet von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft ein Optimum von Wissen aus dem Westen zu beschaffen, gerecht werden zu können, ist das MfS bereits seit mehreren Jahren dazu übergegangen, sich hauptamtlicher und nebenamtlicher Wissenschaftler aller Fachbereiche zu bedienen. Hierfür werden nur besonders qualifizierte, erwiesenermaßen regimetreue Wissenschaftler herangezogen.

Ein wesentlicher Teil der vom MfS engagierten Wissenschaftler ist in Betrieben, Instituten usw. der DDR tätig und hat den Auftrag, auf den jeweiligen Fachgebieten den Bedarf an wissenschaftlich-technologischem Wissen festzustellen, entsprechende Anforderungen an das MfS zu richten und das daraufhin von diesem beschaffte Material für die Wirtschaft der DDR nutzbar zu machen.

Andere Wissenschaftler sind unmittelbar für die HVA des MfS tätig. Manche leiten als Führungsoffiziere wissenschaftlich tätige Agenten in der Bundesrepublik Deutschland oder anderen Ländern des Westens an. Andere wiederum werden nur als inoffizielle Mitarbeiter (Instrukteure oder Kuriere) zur Aufrechterhaltung der Verbindungswege in den Westen eingesetzt.

#### 3.3 Einsatz von Wissenschaftlern »im westlichen Ausland« durch das MfS

Da trotz der in allen westlichen Staaten garantierten »Freiheit der Wissenschaft und Forschung« häufig »wissenschaftliche« oder »persönliche« Kontakte zu Wissenschaftlern im Westen nicht ausreichen, versuchen die Nachrichtendienste des Ostblocks, insbesondere das MfS, Agenten an der Quelle des Wissens anzusetzen. Dies geschieht durch Anwerbung bereits dort tätiger Wissenschaftler oder durch Einschleusung ausgebildeter Agenten, die mitunter bereits als Studenten angeworben wurden.

Beispiele für diese Art der nachrichtendienstlichen »Erweiterung des Wissens« sind

 Diplomphysiker P., Kernphysiker bei EURATOM und zeitweise Mitarbeiter der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH – Forschungszentrum Geesthacht,

- Prof. Dr. M., Physiker und Mitarbeiter am Institut für theoretische Physik an der Technischen Hochschule Aachen,
- Dr. P., Mikrobiologe und Mitarbeiter im Institut für Mikrobiologie in Grafschaft/Sauerland,
- Dr. S., Physiker und Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft in Heidelberg.
- Prof. Dr. Ing. H., Gruppenleiter am Institut für angewandte physikalische Chemie der Universität Göttingen,
- Dr. F., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrallabor für Mutagenitätsforschung der Universität Freiburg.

#### 4. Einzelfälle

#### 4.1 Ein DDR-Wissenschaftler als Kurier und Instrukteur für einen wissenschaftlichen Perspektiv-Agenten

Vor einiger Zeit konnte ein Wissenschaftler aus der DDR enttarnt werden, der zur Betreuung und Instruktion eines in der Bundesrepublik Deutschland als Wissenschaftler tätigen Agenten entsandt war. Bei seiner Befragung durch die Spionageabwehr gab der Instrukteur zunächst an, er sei »reinrassiger Wissenschaftler«, als solcher auch in die Bundesrepublik Deutschland eingereist, und habe nie Kontakt zu einem Nachrichtendienst der DDR gehabt. Tatsächlich hatte er den hier tätigen Agenten bereits als Studenten angeworben.

#### 4.2 Ein inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter der Tarnkappe eines Wissenschaftlers

Vor einigen Monaten reiste ein angeblicher wissenschaftlicher Mitar-

beiter der Humboldt-Universität Berlin für zehn Tage nach Schleswig-Holstein ein, der der Spionageabwehr gegenüber behauptete, über Forschungsförderung in der Bundesrepublik Deutschland promovieren und sich in Schleswig-Holstein über Planung, Leitung und Abläufe an den Hochschulen des Landes informieren zu wollen. Bei den von ihm aufgesuchten Personen war bei Fachgesprächen jedoch der Eindruck entstanden, daß er über wenig fachliches Wissen verfügte, besonderes Interesse aber für gewisse »Sonderforschungsbereiche« zeigte. Sein Versuch, eine Angestellte der Hochschulverwaltung für nachrichtendienstliche Zwecke zu werben, bestätigte den Verdacht der Spionageabwehr.

#### 4.3 Ein Wissenschaftler mit nachrichtendienstlichen Nebenaufträgen

Im Jahre 1982 reiste ein an einem Institut in der DDR tätiger Wissenschaftler nach Schleswig-Holstein ein, um Material für seine Promotion zu sammeln. Nach den Feststellungen der Spionageabwehr hatte er jedoch außerdem mehrere Nebenaufträge für das MfS zu erledigen.

